Donnerstag, 8. März 1923. **Einzelnummer 200 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 54.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 4000.—
in den Ausgabestellen 4100.—
durch Zeitungsboten 4200.—
am Postamt 4500.—
ins Ausland 6000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273. 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 120.— M.
Reklameteil. 360.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 120.— p. M.
" Reklameteil 360.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Der Ruf nach der Diktatur.

In der polnischen Presse, in Versammlungen, in politischen Privatgesprächen wird immer lauter, immer dringlicher nach einer Regierung der starken Männer gerufen. Einen solchen Ruf erhebt u. a. der Krakauer „Kurjer Codzienny", der in dem Leitaufsatz seiner Ausgabe vom 2. März d. Js. schreibt:

Seit vier Jahren hört man bei uns den Ruf nach einer starken Regierung, alle sprechen von ihr, alle fordern sie. Bei Versammlungen der Nationalen und Volksparteiler ist diese Forderung über das ganze Programm ausgebreitet. Es scheint so, als ob das ganze Volk und alle seine Führer tatsächlich danach streben, die Regierungsgewalt in die Hände rücksichtsloser, energischer Männer zu legen, die mit eiserner Konsequenz ihr Programm schneller durchführen und am Kopfe die Wähler, Snobs und Eigenlober ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit packen würden. In Wirklichkeit ist es jedoch ganz anders. Das Volk selbst wünscht sich wirklich eine starke Regierung, aber es ist durch seine Führer hypnotisiert, von denen jeder eine starke unparteiliche Regierung fürchtet, wie der Teufel das geweihte Wasser.

Eine starke Regierung, das ist nach Ansicht unserer führenden Politiker eine Regierung mit der Nagaika, aber nur in Richtung ihrer Gegner gerichtet. Für die Rechte ist stark derjenige, welcher unterdrücken wird die Linke, für die Linke wiederum der, welcher die Rechte bedrücken wird. Solch ein Kabinett aber, das alle drücken würde, wenn solches das Wohlergehen des Staates erfordert, würde gegen sich eine geschlossene Phalanx von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken des Sejm sehen.

Es war wahrscheinlich bisher noch keine Regierung in Polen, welche nicht in ihrem Programm verkündet hätte, daß sie eine gepanzerte Faust haben würde gegen die parteilichen Wühlereien und daß sie imstande sei, von allen das Bekenntnis für die staatliche Sache zu verlangen.

Was hat aber die Praxis gezeigt? Nach vier Wochen des Regierens ließ die Regierung in ihrem Eifer nach, schloß Kompromisse ab mit den Parteien und kapitulierte vor ihnen. Bah, sie mußte das tun, sonst wäre sie hingefallen, so lang sie ist.

Wir erinnern z. B. daran, mit welcher Energie, mit welchem Glauben an seine eigenen Kräfte und welcher Bitterkeit der verkündeten Grundsätze Herr Michalski auf der Arena des Sejm erschien. Als er die Danina forderte, schien es, daß er sie sofort und ohne Vorbehalt herbeiführen würde. Es gingen aber einige Monate vorüber, der Gesetzentwurf betr. der Danina ging durch das Sieb der parlamentarischen Intrigen und schließlich wurde er angenommen zur Unzeit und nachdem man ihm alle gefährlichen Zähne abgebrochen hatte. Weitere Daninaprojekte kamen nicht einmal zur Beratung im Sejm, sie erstickten nämlich schon im Keime, im Schoße der Sejmkommissionen.

Dieselbe Geschichte wiederholt sich gegenwärtig mit dem Kabinett Sikorski. Die Ereignisse der letzten Tage weisen darauf hin, daß die Regierung Sikorski in einer ganzen Reihe von Vorfällen unter dem Drucke mächtiger Faktoren nachgibt, was ihre Energie schwächt und Lücken schafft in ihrem Regierungsprogramm, das so energisch, wenn nicht geradezu brutal verkündet worden ist. Allein an dem Entwurf betreffs Einkommensteuer wurden allerlei Verbesserungen getan, die die Aussichten verkleinern, daß diese Steuer zur gründlichen Verstopfung wenigstens eines Loches im Budget beitragen wird. Dieselbe Geschichte auf anderen Gebieten, vor allem in der Sache des Kampfes mit der rasenden Teuerung.

Man könnte sagen, daß die Sanierung nur eine solche Regierung schaffen wird, die sich auf die programmäßige polnische Parlamentsmehrheit stützt. Wir sind glühende Anhänger dieses Gedankens. Er mag nicht mehr fern sein, vielleicht ist es schon dieser Augenblick, welcher diese Mehrheit schaffen helfen wird. Wir werden dann die Gelegenheit haben, uns von dem praktischen Werte einer Regierung zu überzeugen, die sich auf diesen Einfall stützt.

Schwer ist es aber zu verheimlichen, daß wir Pessimisten sind. Wir glauben nämlich nicht an das wirkliche, programmäßige parteiliche Desinteressement irgendeiner Mehrheit in unserem Sejm. Alle unsere bisher gemachten Erfahrungen beweisen nämlich, daß unsere Parteien vor allem ihre Interessen und die Interessen der Wählerschaft vertreten, auf welche sie sich stützen, und der Meinung sind, daß das Wohl des Staates identisch sei mit dem Wohl ihrer Parteigruppe. Wenn das Parteiprogramm Opfer bringen soll, beginnt sofort entweder ein Rückzug oder irgendeine Komödie, die die wirklichen eigenen Absichten maskiert.

Adam Asnyk sagte seinerzeit an die Adresse der Stanczyks, die früher in Galizien unumschränkt geherrscht haben: „Wir sind weder die Regierung, noch repräsentieren wir die Bevölkerung, wir sind lediglich eine Kommandit-Gesellschaft, die Interessen für eigene Rechnungen macht und für eigene Verantwortung." Diese unsterblichen Worte Asnyks müßte man heute in das Angesicht aller unserer Sejmparteien werfen.

Die Ursache der Schwachheit unserer Regierung liegt in der Krankheit unserer Gesellschaft, in der krankhaften Zusammensetzung des Sejm und des krankhaften Organismus des Parlamentarismus, wie er bei uns existiert. Vom Beginn unseres neu erstandenen Staates an haben wir immer solche Regierungen, wie wir sie verdienen, das sind schwache Regierungen, die sich vor dem Gespenst der Überarbeitung ewig fürchten, ewig lavieren mit allem und um alles. Es versteht sich, daß gewisse Kräfte die Ursache waren der systematischen Herabsetzung der Autorität der Führer und das geschah von seiten solcher Elemente, welche am allermeisten verpflichtet sind, für die Autorität des Staates zu kämpfen.

„So geht es nicht weiter," erklärt der „Kurjer Codzienny". — „Eine Regierung, die sich dafür einsetzt, lieber ehrenhaft zu fallen, aber der Gesellschaft die Wahrheit zu sagen, die Intrigen zu demaskieren und ebenso das parteiliche Eigenlob, — diese Regierung wird gewinnen in der Meinung der Gesellschaft. Möglich, daß dieser Sieg unmittelbar sein wird und die Parteien in dem Gefühl ihrer Verantwortung gegenüber dem Staat mit ihren Prätentionen und Forderungen zur Seite rücken, möglich, daß dieser Sieg auch nur ein Nachlaß der Regierung sein wird. In jedem Fall: der Samen ist ausgeworfen und einmal wird er reife Frucht tragen. Polen braucht vor allem entschlossene Männer. Möge hierüber General Sikorski nachsinnen.

Die Steuergesetze im Sejm.

(Telephonischer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

In der Sejmsitzung am Dienstag machte sich eine merkwürdige nervöse Stimmung bemerkbar, die sich vor allem in den Wandelgängen zeigte und insbesondere durch die Frage bestimmt wurde, ob das Kabinett Sikorski bleiben oder bereits in den nächsten Wochen demissionieren werde. Die Mitteilungen des Krakauer „Kurjer Codzienny", daß der Ministerpräsident Sikorski ein Vertrauensvotum und eine Blankovollmacht für sechs Monate fordere, um mit der Durchführung der Finanzreform beginnen zu können, wurde eifrig besprochen. Auch die Mitteilungen des „Przegląd Wieczorny" über bevorstehende Personalveränderungen im Kabinett Sikorski haben zu Krisengerüchten Anlaß gegeben. Vor allem glaubt man in polnischen Abgeordnetenkreisen annehmen zu dürfen, daß innerhalb des Kabinetts selbst Uneinigkeit über den Wert und den Erfolg der geplanten Reformen bestehe.

Die Sitzung begann um 4 Uhr nachmittags und zog sich bis zum späten Abend, bis gegen 9 Uhr hin, ohne daß das Steuerbudget verabschiedet werden konnte. Man kam gerade bis zum Schluß der zweiten Lesung und wird den unerledigten Steuergesetzen noch einen Teil der nächsten Sitzung einräumen müssen.

Als erster Redner sprach zu den Steuergesetzen der Abg. Michalski als Berichterstatter. Er bat um Annahme des Abänderungsantrages Putek, der Freiheit der Lehr- und Übungskurse von der Stempelsteuer verlangt. Ebenso sollen unentgeltliche Vorträge von jeder Steuer frei sein. Der Redner befürwortete dann die Abänderung des Erbschaftssteuergesetzes und verlangte noch eine weitere Verschärfung der angenommenen Bestimmungen.

Abg. Łypecewicz verlangte eine weitere Erhöhung der Stempelgebühren bei Vollmachten.

Abg. Moraczewski sprach sich gegen eine Erhöhung der Erbschaftssteuer aus, da sie dem Staat an sich nur wenig einbringe.

Abg. Podhorski verlangte, daß Ausländer, die die polnische Staatsangehörigkeit erwerben, nur 350 000 Mk. Stempelgebühren zahlen sollen. Personen, die vor dem 18. März 1921 im jetzt polnischen Gebiet geboren sind und dort wohnen, sollen bei Einbürgerung nur 5000 Mk. Stempelgebühr zahlen, da Polen diese Gebiete erworben hat, so daß für diese Personen ein höherer Zwang bestanden habe. Der Abänderungsvorschlag Putek wurde angenommen, ebenso eine Änderung zum Tabaksteuergesetz.

Die Vorschläge Podhorskis, betr. die Stempelsteuer bei Einbürgerung wurden abgelehnt. Nach einer scharfen Kritik des Abg. Diamand an den neuen Reformen, der betonte, daß die augenblicklichen Lebensbedingungen ganz andere seien als vor dem Kriege, so daß man keine Parallele ziehen könne, und nach längeren kritisierenden Ausführungen des Redners der N. P. R. vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

Am Donnerstag wird die Debatte über das Finanzreformgesetz stattfinden.

„Streik der Regierung".

Die „Gazeta Warszawska" meldet, daß der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses des Sejm in der letzten Sitzung dieses Ausschusses erklärt habe, daß, wenn die konsequente Abwesenheit des Ministers des Innern oder seines Vertreters bei den Ausschußberatungen fortdauern werde, sich der Ausschuß genötigt sehe, diesen Fall dem Sejmplenum vorzulegen. Das Blatt gibt diese Nachricht unter dem Titel „Streik der Regierung" und knüpft daran die boshafte Bemerkung, die Regierung tue alles, um ihre sie zurzeit noch stützenden Freunde vor den Kopf zu stoßen und zu verärgern.

Der Unterrichtsausschuß des Sejm

hörte unter Vorsitz des Abg. Sołyk den Bericht der Abg. Sokolnicka über Ausdehnung des Hochschulgesetzes auf die Akademie der schönen Künste in Krakau. Der Entwurf wurde in der Regierungsfassung angenommen. Darauf wurde eine vom Abg. Wasyńczuk vorgeschlagene Entschließung folgenden Wortlautes angenommen: In Anbetracht des schlechten Zustandes des Schulwesens in der Ukraine in den von den Ruthenen bewohnten Gebieten und in Anbetracht der in der Programmrede des Ministerpräsidenten in dieser Hinsicht ausgesprochenen Versprechungen wird die Regierung aufgefordert: 1. einen Teil der für Gründung dreier neuer Lehrerseminare bestimmten Kredite zur Gründung eines ukrainischen Lehrerseminars in Wolhynien zu verwenden. 2. Im Rahmen des beschlossenen Haushaltsprovisoriums einen ausreichenden Betrag für ein Privatgymnasium in Luck anzuweisen. 3. Einen entsprechenden Teil des für das Volksschulwesen bestimmten Kredites zur Gründung ukrainischer Volksschulen zu verwenden. Der Antrag wurde mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen.

Bevorstehende Umbildung des Kabinetts Sikorski?

Der „Przegląd Wieczorny" meldet, daß die Möglichkeit besteht, daß in den nächsten Wochen wichtige Veränderungen im Kabinett Sikorski vor sich gehen werden. Wie es heißt, soll der Posten des Landwirtschaftsministers und der des Post- und Telegraphenministers neu besetzt werden. Es besteht auch die Möglichkeit, daß der Eisenbahnminister demissioniert.

Schwere Beschuldigungen gegen einen Abgeordneten.

Ein telephonischer Sonderbericht des „Dziennik Pozn." meldet: „Der Sejmmarschall erhielt Dokumente, aus denen hervorgeht, daß der Abg. Jakowiuk, Mitglied der weißrussischen Fraktion, Spion und Agent der litauischen Regierung ist und schon seit mehreren Jahren zum Schaden polnischer Staatsbürger und polnischer Staatsbehörden, besonders im Wilnaer Gebiet, wirkt."

Der „Dziennik Pozn." berichtet dann weiter: „Der Staatsbeamte Stanisław Puzyrewski ließ seine Familie in Sowjetrußland zurück und hatte die Absicht, sie nach Polen zu bringen. Er vertraute diese Absicht der russischen Generalin Purhyhowa an, welche ihm versprach, ihn mit dem Abg. Jakowiuk bekannt zu machen, der häufig geschäftlich in Kowno zu tun habe und ihm werde behilflich sein können, da der nächste Weg nach Sowjetrußland über Kowno-Litauen führe. Herr Puzyrewski lernte Herrn Jakowiuk kennen und begab sich mit seiner Hilfe nach Kowno-Litauen. Er kam ungefährdet und ohne Zwischenfall bis zum Orte Laszki in der neutralen Zone. Dort gelang es ihm, einen Passierschein bis zur nächsten litauischen Kreisstadt zu bekommen, in dieser letzteren aber wurde er von einem litauischen Oberst verhaftet. Das Kownoer Kriegsgericht verurteilte ihn anfangs zum Tode und dann zu 6 Jahren Zuchthaus und Zwangsarbeit. Mit Hilfe von Freunden gelang es ihm, zu entfliehen, und nach seiner Rückkehr nach Grodno legte er der Redaktion des „Dziennik Kresowy", der dort erscheint, Dokumente vor, aus denen hervorging, daß in dem gegen ihn angestrengten Verfahren in Kowno die Staatsanwaltschaft sich auf den Abg. Jakowiuk und sogar auf Worte, die Herr Puzyrewski diesem gegenüber gebraucht hatte, berief. In der von Puzyrewski vorgelegten Abschrift der litauischen Anklageschrift gegen ihn heißt es unter anderem: „Der Zeuge Razumowicz Wienczysław sagte aus, daß im Mai 1921 ihm Jakowiuk mitteilte, daß aus Grodno der polnische Spion Puzyrewski nach Litauen reisen werde, und daß er ihm seine Personalbeschreibung gegeben hätte. Als im Frühjahr 1921 Jakowiuk, mit dem der Zeuge Razumowicz von Puzyrewski gesprochen hatte, nach Kowno kam, um eine weißrussische Schützenabteilung zu organisieren, sagte Jakowiuk, daß die polnische Gendarmerie seine Wohnung requiriert und in ihr den polnischen Spion Puzyrewski interniert hätte." An einer anderen Stelle der Anklageschrift wird gesagt: „Aus den Aussagen der Zeugen Bojew, Razumowicz und Karczyński geht hervor, daß Puzyrewski polnischer Agent und Nachrichtenübermittler war und die politische Tätigkeit des Jakowiuk erschwerte."

Das Sejmpräsidium beschäftigt sich gegenwärtig mit dieser Angelegenheit.

Einführung einer neuen Auszeichnung.

Die polnische Regierung wird dem Sejm in nächster Zeit einen Gesetzentwurf über die Schaffung eines Verdienstkreuzes vorlegen, für Personen, die dem Staate große Hilfe geleistet haben.

Französisches Kapital für die polnische Industrie.

Ein Spezialausschuß wirtschaftlicher Art in Stärke von 12 Personen wird sich demnächst nach Frankreich begeben, um dort die größeren Industriezentren zu besuchen. Man will das französische Kapital für große Investierungen in der polnischen Industrie interessieren.

Eine polnische Sondermission besucht die Lyoner Messe.

Eine Wirtschaftsmission ist nach Lyon zur Lyoner Messe gereist. Die Reise ist als Gegenbesuch für den Besuch der Ostmesse seitens der französischen Handelskammer gedacht.

Ein Feuergefecht in der deutschen Botschaft in Rom.

In der Nacht zum Sonntag ist in der Villa Wolonski in Rom, in der die deutsche Botschaft untergebracht ist, ein Einbruch zum Diebstahl diplomatischer Dokumente verübt. Da das Personal der Botschaft durch verdächtige Umstände gewarnt war, so wurden die Einbrecher gestellt und nach einem kurzen Feuergefecht zwei von ihnen verhaftet. Der dritte von ihnen entkam mit dem Chiffrierbuch und einem Umschlag mit Dokumenten. Botschaftssekretär Dr. Altenburg wurde am Oberschenkel verwundet.

Das Personal der deutschen Botschaft in Rom hat folgende Schilderung des Anschlags gegeben: Seit einigen Wochen bemerkten die Angestellten der Botschaft, daß verdächtige Individuen in der Umgebung der Botschaft sich herumtrieben und ihre Ausgänge bewachten. Außerdem hatte man den Eindruck, daß die Mitglieder der Botschaft überwacht würden. Vor einigen Tagen wurden zwei italienische Karabinieri überrascht, die sich im Garten der Botschaft aufhielten. Auf eine Frage des Pförtners erklärten sie, geglaubt zu haben, daß es ein öffentlicher Garten sei. Daraufhin wurde das Personal zusammenberufen, und es wurden Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. Die Sekretäre der Botschaft blieben die Nacht zum Sonntag im Gebäude, und zwar im Nebenraum des Geschäftszimmers, in welchem sich ein eiserner Schrank mit Geheimschriften befindet. In der Nacht drangen um die Mitternachtsstunde drei Personen über die Diensttreppe in die Geschäftsräume und bemächtigten sich, nachdem sie den Schrank mit Hilfe eines Nachschlüssels geöffnet hatten, des Chiffrierbuches und eines Umschlages mit diplomatischen Dokumenten. Daneben befand sich in dem Schrank eine Summe in Geldscheinen, die von den Einbrechern nicht angerührt wurde. Botschaftssekretär von Schmieden, der sich im Nebenraum befand, verfolgte die Einbrecher über die Treppe und gab einen Revolverschuß ab, der einen der Einbrecher am Bein verletzte. Das ermöglichte die Verhaftung von zwei Tätern, während der dritte entfliehen konnte. Das Botschaftspersonal stellte die Festgenommenen und unterzog sie einer Untersuchung. Währenddessen erschienen mehrere Personen, die trotz der verschlossenen Türen einzudringen vermochten, und gaben sich für Polizeiagenten aus. Sie verlangten, daß man ihnen die Einbrecher auslieferte. Die Angestellten der Botschaft verweigerten das jedoch, indem sie erklärten, daß zuerst das italienische Außenministerium verständigt werden müsse. Die beiden angeblichen Polizeiagenten wurden als dieselben Personen festgestellt, die im Botschaftsgarten ertappt worden waren.

Montag früh begab sich der deutsche Botschafter in das Außenministerium, wo er vom Generalsekretär von Contarini empfangen wurde. Bald darauf begab sich ein Beamter des Ministeriums in die Botschaft, zusammen mit Polizeibeamten, die die beiden Einbrecher verhafteten.

Besuch Mussolinis in der deutschen Botschaft.

Der Ministerpräsident Mussolini stattete am Montag abend dem Botschafter v. Neurath einen längeren Besuch ab und besuchte darauf auch den verwundeten Legationssekretär Oltenburg. Dieser ist außer Lebensgefahr.

Der Haupttäter.

Der festgenommene Hauptverbrecher erklärte weinend, daß der Handstreich tatsächlich den Dokumenten gegolten habe. Er sei von einem Manne mit französischem Akzent für die Tat gedungen worden. Auch habe er mit Leuten in Nizza korrespondiert. Er habe bei den italienischen Besatzungstruppen in Oberschlesien gestanden. Der Mann spricht fertig deutsch.

Republik Polen.

Die Auszahlung der Ruhestands- und Hinterbliebenenbezüge.

Der Verwaltungsausschuß des Sejm hat eine Entschließung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, den Emeriten, die Bürger des polnischen Staates sind und ihre Emerituren in Deutschland erworben haben, sowie den Witwen und Waisen von früheren preußischen Beamten dieser Kategorie die Emerituren, Witwen- und Waisengelder nach den Normen des Art. 43 des Emeriturgesetzes vom Jahre 1921 auszuzahlen mit Berücksichtigung des Art. 31 dieses Gesetzes ohne Rücksicht darauf, ob der letzte Dienstort des betreffenden Beamten in dem von Deutschland an Polen abgetretenen Gebiet oder außerhalb dieses Gebietes lag. Ferner wird die Regierung aufgefordert, den Emeriten, die ihre Emerituren in Deutschland erworben haben, die rückständigen Ruhestandsgehälter auszuzahlen und bei der Reform des Emeriturgesetzes die Emeriten der Teilgebietsmächte hinsichtlich ihrer Bezüge den Emeriten des polnischen Staates gleichzustellen.

Zlotyberechnung der Arbeitslöhne.

Der Berufsverband „Praca" hat Ende voriger Woche eine Delegiertentagung abgehalten, in der beschlossen wurde, die Einführung des Zloty als Regulator der Arbeiterlöhne zu fordern. Die gegenwärtigen Löhne sollen in Zloty nach dem Kurs des Schweizer Franken umgerechnet und dann soll jede 2. Woche die Höhe dieses Kurses nach der Geldbörse festgelegt werden, ohne Differenzen bis zu 5 v. H. in Rechnung zu ziehen. Dieses System wird für ganz Polen gefordert.

Aus der polnischen Volkspartei.

Der Wojewodschaftskongreß der Volksparteiler in Stanisławow hat dem Parteivorstand sein volles Vertrauen ausgesprochen und gleichzeitig beschlossen, ihm freie Hand bei Vertragsabschlüsse betreffs der Regierungsbildung zu geben.

Bekämpfung des Sektenwesens.

In Krakau fand eine große katholische Versammlung statt, die mit der Annahme folgender Entschließung endigte:

Die Teilnehmer der öffentlichen Versammlung in Krakau, die festgestellt haben, daß in letzter Zeit eine ganze Reihe von Sekten nach Polen gekommen sind, die ungestraft und unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit zusammen mit der Nationalkirche gegen die dem Polen heiligsten Gefühle und Ideale vorgehen und die Existenz des Vaterlandes bedrohen, verlangen:

1. Vom Sejm, daß er es nicht zur Legalisation irgend welcher Sekten und der Nationalkirche in Polen kommen lasse;

2. von der Regierung: a) daß sie die betreffenden Bestimmungen der Verfassung beachte und die schon widerrechtlich bestehenden Sekten und die Nationalkirche auflöse;

b) daß sie unverzüglich alle Ausländer aus Polen ausweist, die sich mit der Verbreitung der einzelnen Sekten und Nationalkirche befassen;

c) daß sie sofort strenge Verordnungen erläßt, um die Abhaltung von Andachten oder irgendwelcher Versammlung sowohl der einzelnen Sekten unter diesem oder jenem Vorwand als auch der Nationalkirche unmöglich mache;

d) daß sie unverzüglich den Vertrieb aller Broschüren, Schriften usw. der einzelnen Sekten und der Nationalkirche, und zwar sowohl der aus dem Auslande zugesandten als auch der im Inland herausgegebenen, verhindert;

e) daß sie den Postversand aller aus dem Auslande kommenden Ausgaben und Schriften der einzelnen Sekten und der Nationalkirche unterbindet.

Wojewodschaft Schlesien.

Der polnische Handel und die polnische Industrie in Oberschlesien.

„Rzeczpospolita" (Nr. 60) schreibt:

Nach der Statistik, die auf Grund von privaten Berechnungen zusammengestellt und auf dem kaufmännischen Kongreß in Kattowitz bekanntgegeben worden ist, verhalten sich Handel und Industrie Polens zu dem Handel und der Industrie Deutschlands in Oberschlesien wie folgt:

In ganz Oberschlesien gibt es an Kolonialwaren, Lebensmittel-, Manufakturwaren, Backwaren- und Fleischereigenossenschaften, Schankwirtschaften und Kaffees zusammen 13 500 Läden, davon sind 3740 oder 28 Prozent polnisch und 9760 oder 72 Prozent deutsch.

Das Verhältnis des polnischen Kapitals zum deutschen beträgt 1 : 9.

An Großhandelsgeschäften gibt es in Oberschlesien 80; von diesen sind 25 polnisch und 55 deutsch. (In der Lebensmittelbranche kommen die polnischen Großhandlungen in Verbindung mit den Kooperativen der deutschen gleich.)

Wenn wir den gegenwärtigen Stand des polnischen Handels, der jetzt schon 20 Prozent des oberschlesischen Handels ausmacht, mit jenem des jüngsten Zeitraums, da derselbe kaum 2 Prozent des oberschlesischen Handels betrug, vergleichen, so müssen wir feststellen, daß das Wachsen ein schnelles und bedeutendes ist. Mit der Industrie ist es schlimmer bestellt. Die polnische Industrie besitzt in Oberschlesien kaum 40 kleine Unternehmungen, die nur 1 Prozent des in deutschen Unternehmungen angelegten Kapitals repräsentieren. Doch macht sich auch in dieser Hinsicht eine langsame Besserung bemerkbar.

Der Versorgungsstand Schlesiens.

Der Versorgungsstand Oberschlesiens ist gegenwärtig völlig befriedigend. In den Magazinen befinden sich bereits große Vorräte u. a.: 300 Waggons 70proz. Roggenmehl, große Zuckermengen, 60 Waggons Salz usw. Für die Vorfeiertagszeit sind mehrere Waggons Schmalz und Landes-Inlandsspeck bereitgestellt. Die Wojewodschaft ist weiter bemüht, in den Zuckerraffinerien des deutschen Teils Oberschlesiens Zuckervorräte anzukaufen. Ebenfalls geht Milch in größeren Mengen ein. Das Versorgungsamt hat das Warenmagazin in Granicr gemietet und beabsichtigt ein größeres Lokal in Schoppinitz zu pachten. („Oberschles. Kurier.")

Pressestimmen zu Grabskis Rede.

Zu der Rede des Finanzministers stellt der „Kurjer Polski" fest, daß der Rede des Ministers einerseits jeglicher Illusionismus fehlte, daß sie aber andererseits von Optimismus gekennzeichnet gewesen sei. Der Finanzkanzler habe die schwarzen Farben für die Darstellung der finanzwirtschaftlichen Lage nicht gescheut, gleichzeitig aber den unerschütterlichen Glauben an die Überwindung der Krise kundgetan.

Der „Kurjer Poranny" erklärt, daß die Realisierung des Programms Minister Grabskis zweifellos die besitzenden Klassen belasten werde.

Abg. Stroński huldigt in der „Rzeczpospolita" den Vorzügen des Finanzministerprogramms, stellte aber fest, daß die Realisierung seiner Absichten nur unter veränderten politischen Bedingungen möglich sei.

Der „Kurjer Poznański" läßt sich ähnlich vernehmen. Er schreibt: „Der genialste Finanzminister wird keine Reformen durchführen können, wenn er nicht das Vertrauen der Öffentlichkeit besitzt. Die Öffentlichkeit glaubt nicht daran, daß es Herrn Grabski gelingen wird, die Finanzen zu sanieren, da er Minister im Kabinett Sikorski ist, der die vier Jahre hindurch zum Schaden des polnischen Staates geführte Politik fortsetzt.

Der „Przegląd Poranny" dagegen ist dem Finanzminister gewogen. Das Exposé des Ministers sei auf das Wissen und die Praxis eines Kenners der finanziellen und wirtschaftlichen Fragen Polens gestützt.

Die „Rzeczpospolita", die nach der Rede des Finanzministers Grabski einen durchaus anerkennenden Artikel ihres Chefredakteurs Stroński veröffentlichte, gab in einer späteren Nummer einem sehr scharfen Artikel Raum, der „Unangenehme Wahrheiten: Finanzen, Allgemeinheit, Regierung" betitelt ist. Der Verfasser des Artikels greift den Finanzminister außerordentlich scharf an und betont, im Hinweis auf die Äußerung Grabskis, daß das polnische Volk in den nächsten drei Monaten große Opfer bringen müsse, die polnische Allgemeinheit habe genug getan und genug geopfert. Wenn man wieder von neuem opfern müsse, dann müsse auch die Allgemeinheit endliche Ziele sehen und einen Gegenwert für ihre Leistungen empfangen.

Der „Sieg" des „Dziennik Poznański".

Wir meldeten gestern, daß die Beleidigungsklage der Landesvereinigung des Deutschtumsbundes gegen den „Dziennik Poznański" zurückgewiesen wurde mit der Begründung: der Deutschtumsbund sei kein eingetragener Verein und könne daher nicht als Kläger auftreten.

Ueber die Verhandlung liegt jetzt folgender Bericht vor:

Das Privatklageverfahren wurde vom Bromberger Friedensgericht eröffnet und die Hauptverhandlung endgültig auf den 5. März 1923 im Kreisgericht in Bromberg festgesetzt. Als Kläger traten auf die jetzigen Sejmabgeordneten Kurt Graebe und Eugen Naumann, vertreten durch den Rechtsanwalt Kopp-Bromberg, als Beklagter der verantwortlich zeichnende Schriftleiter des „Dziennik Poznański", Stanisław Nagorski, vertreten durch die Rechtsanwälte Typrowicz-Bromberg und Szurlej-Warschau.

Vor Eintritt in die Verhandlung bestritten die Vertreter des Klägers Nagorski die Aktiv-Legitimation der Kläger. Der Deutschtumsbund sei als nicht eingetragener Verein keine juristische Person und könne daher nicht klagen. Der Vertreter der Privatkläger, Rechtsanwalt Kopp, nannte diesen Rückzug eine Spiegelfechterei und wies darauf hin, daß der Klageantrag von zwei natürlichen Personen, nämlich den Sejmabgeordneten Graebe und Naumann, unterschrieben sei, denen doch wohl das Recht zugestanden werden müsse, als führende Mitglieder des Deutschtumsbundes die schweren Beleidigungen, die gegen diese Organisation ausgesprochen wurden, zurückzuweisen.

Das Gericht erkannte in einem Urteil, das sich auf § 429 der Strafprozeßordnung stützt, auf Einstellung des Verfahrens.

Der „Dziennik Pozn." widmet seinem „Sieg" drei Spalten seiner Nr. 53, wiederholt seine Beleidigungen des Deutschtumsbundes in klobigster Form und druckt den ganzen Aufsatz, der die Beleidigungsklage veranlaßte („Niemcy w Polsce" im „Dziennik Pozn." vom 18. August 1922), noch einmal ab. Warum auch nicht? Der Deutschtumsbund darf ja beleidigt werden, ohne daß der Beleidiger bestraft wird. Eine Probe der Tonart, in der der straflos ausgegangene „Dziennik" jetzt vom Deutschtumsbund und denen, die ihn verteidigen, schreibt, mögen die folgenden Absätze geben:

„Der Deutschtumsbund ist eine staatsfeindliche und antipolnische Organisation. Er entstand auf den Ruinen des berüchtigten Ostmarkenvereins, und fast alle seine Führer sind frühere Mitglieder des preußischen Hakatismus, Hasser Polens und der Polen. Der Deutschtumsbund strebt nach Zerschlagung der staatlichen Einheit Polens und ist aufs engste mit Berlin verbunden. Er ist eine konspirierende Expositur der Berliner Regierung in unserem Staate. Nach innen und nach außen hin wirkt er zum Schaden der polnischen Interessen. Einige seiner Mitglieder treiben Spionage, sind Agenten der Berliner Regierung. Das Netz der Organisation des Deutschtumsbundes umfaßt alle anderen deutschen Organisationen in Polen. Der Deutschtumsbund versucht, einen deutschen Staat im polnischen Staat zu bilden. Er strebt offen nach Abtrennung der Westgebietes von Polen, erkennt die Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht an, bekämpft konsequent, in der dreistesten Weise und mit einer in ihren Mitteln nicht wählerischen Propaganda Polen, Frankreich, den Versailler Vertrag usw. usw."

Und nachdem er seinen Lesern den Ausgang der Gerichtsverhandlung vor dem Bromberger Friedensgericht mitgeteilt hat, schreibt der „Dziennik Pozn.":

„Die Herren Naumann und Graebe mögen mit der größten Dreistigkeit die Beleidigten spielen. Ihr Verteidiger, Herr Kopp, mag in der arrogantesten Weise Analogien ziehen zwischen dem Deutschtumsbund und dem Sejm. Das ist ihre Sache, und dadurch werden lediglich ihre preußischen Manieren ins hellste Licht gerückt. Sie sollen jedoch nicht so tun, als wüßten sie nicht, um was es sich handelt, und sollen sich nicht hinter dem Rücken einer Institution verstecken, die nicht die Rechte einer juristischen Person hat. Sollten die Herren Naumann und Graebe ihren dreisten Versuch, vor einem polnischen Gericht gegen ein polnisches Blatt aufzutreten, fortsetzen — gegen ein polnisches Blatt, das dieser Organisation offen und nachdrücklich eine staatsfeindliche und antipolnische Tätigkeit vorwirft —, so mögen sie das öffentlich tun als eine Institution, die eine juristische Person ist, oder persönlich, wenn sie sich beleidigt führen. Und das wird uns dann die Möglichkeit geben, für unsere Vorwürfe den Wahrheitsbeweis in vollem Umfange anzutreten, was wir nur aufs heißeste wünschen können."

Es erhebt sich die Frage:

Wenn der „Dziennik Poznański" aufs heißeste wünscht, den Wahrheitsbeweis in vollem Umfange anzutreten, — warum haben denn seine Vertreter am 5. März in Bromberg die Einstellung des Verfahrens herbeigeführt? Die von ihm ersehnte Möglichkeit der Führung des Wahrheitsbeweises war ihm an diesem Tage gegeben. Zu welchem anderen Zweck haben seine Vertreter ihren Einwand erhoben als zu dem: dieser Möglichkeit aus dem Wege zu gehen? Jeder, der logisch denken kann, wird daraus seine Schlüsse ziehen.

Gegen die Entscheidung des Friedensrichters hat die Landesvereinigung des Deutschtumsbundes Berufung eingelegt.

Angora und die Vorschläge der türkischen Regierung.

Aus Angora wird gemeldet, daß die türkische Nationalversammlung die Regierungsvorschläge, durch die Änderungen in den Wirtschafts- und Finanzklauseln des Lausanner Projektes eingeführt werden, angenommen hat. In politischen Kreisen in Angora nimmt man an, daß die Einberufung einer neuen Konferenz überflüssig sei und daß die weiteren Verhandlungen auf dem Wege des Meinungsaustausches zwischen den Regierungen der interessierten Staaten gepflogen werden könnten.

Der ganze Rhein in Frankreichs Händen.

Weiterer Vormarsch am rechten Rheinufer.

Die Franzosen haben am Montag einen neuen Vormarsch begonnen, der anscheinend den Zweck hat, die bisherige direkte Verbindung des von England besetzten Gebietes mit dem unbesetzten deutschen Gebiet durch einen französischen Riegel zu versperren. In den frühen Morgenstunden marschierte eine größere Truppenabteilung von Vohwinkel südlich Elberfeld in südöstlicher Richtung nach Wipperfürth. Der heutige Vormarsch kam etwa 30 Kilometer weit. Die Franzosen haben die neutralisierte Zone des englischen Gebiets nicht respektiert, sondern sind durchmarschiert und haben die Orte in dieser Zone besetzt. Wahrscheinlich soll durch diesen Vormarsch die Verbindung des Ruhrgebiets mit dem Brückenkopf Koblenz hergestellt werden. Von Koblenz aus wurde schon vor einigen Tagen der nördlich gelegene sogenannte Flaschenhals zwischen den Brückenköpfen von Mainz und Koblenz mit Königswinter besetzt. Der jetzige Vormarsch geht in der Richtung nach diesem Gebietsteil und soll das Schlußstück bringen in der ganzen Front, die von Basel bis Wesel an der holländischen Grenze eine einheitliche von den Franzosen besetzte Zone und Zollschranke darstellt.

Bestürzung in London.

Die „Westminster Gazette" schreibt, daß, obgleich das letzte französische Vorrücken nicht unerwartet gekommen sei, die vollendete Tatsache in hiesigen politischen Kreisen Sensation doch hervorgerufen habe, die an Bestürzung grenzt. Die sogenannten produktiven Pfänder, die so wünschenswert erschienen, als Frankreich sie von ferne sah, erweisen sich jetzt als produktiv an Ausgaben für ein Budget, das sich vorher bereits nicht ausgleichen ließ, an Entwertung des Franken, und der daraus folgenden Erhöhung der Einfuhrkosten und einer starken Steigerung der Nahrungsmittelpreise. Die meisten Leute würden wohl, wenn sie herausfänden, daß ein Projekt so gegenteilige Resultate von den Erwartungen zeigt, die man auf es setzte, geneigt sein, das Abenteuer als einen Fehler aufzugeben. Dieses ist aber in Frankreich sichtlich nicht der Fall, und je entfernter die Aussicht auf Zahlung erscheint, um so mehr fährt es fort, Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland anzuwenden. Niemand kann sagen, wo das enden soll. Es muß aber schließlich zum völligen Zusammenbruch Deutschlands führen. Wie aber Frankreich aus einem solchen Zusammenbruch finanziellen Gewinn ziehen will, das bleibt ein Rätsel, das nur ein gallischer Verstand lösen könne.

Die angemaßte Gerichtsbarkeit der Rheinlandkommission.

Im Unterhaus fragte Charles Buxton, ob die interalliierte Rheinlandkommission in dem jüngst von den Franzosen besetzten Gebiet Gerichtsbarkeit ausübe, und wenn dies der Fall sei, auf Grund welcher Bestimmungen des Versailler Vertrages oder des Rheinlandabkommens dies geschehe. Unterstaatssekretär Ronald Mc. Neill antwortete: „Auf Anordnung der französischen und belgischen Regierung besetzten französische Truppen am 25. Februar d. J. die zwischen den Brückenköpfen Mainz, Koblenz und Köln liegenden Geländestreifen, und die Rheinlandkommission erklärte darauf, dies Gebiet stände unter ihrer Autorität. Aber der britische Kommissar nahm an dieser Entschließung nicht teil und lehnte auch jede Verantwortung dafür ab. Die britische Regierung ist der Meinung, daß auf Grund keiner Bestimmung des Vertrages von Versailles oder des Rheinlandabkommens die Rheinlandkommission den Anspruch erheben kann, die Gerichtsbarkeit über dieses Gebiet auszuüben. Die Aufmerksamkeit der französischen Regierung ist auf diese Angelegenheit gelenkt worden. Ein Mitglied der Arbeiterpartei fragte, ob der britische Vertreter in der Kommission eine Anweisung bekommen werde, gegen das ungesetzliche Vorgehen zu protestieren. Mc. Neill antwortete: „Ich kann nicht sagen, ob er eine Anweisung bekommen wird oder nicht." Berkeley fragte, ob die Regierung von der britischen Botschaft in Berlin oder aus einer anderen Quelle irgend eine Information hat, wonach die deutsche Regierung an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich denke. Bonaw Law erwiderte, die Antwort sei verneinend.

Die Tätigkeit der französischen Armee.

Dieser Tage ging ein Arbeiter in Bochum an einem französischen Posten vorüber, ohne von dem Bürgersteig zu gehen. Der Franzose faßte sofort den Mann, um ihn zu verhaften. Der Arbeiter wurde sehr erregt und stellte sich dem Posten mit entblößter Brust entgegen, indem er erklärte, er möge ihn totstechen, die verlangte Achtung würde er ihm aber nicht erweisen. Den Vorfall sahen zwei junge Damen. Sie gingen auf den Mann zu, faßten ihn fest an und nahmen ihn in ihre Mitte; den Posten verdrängten sie und riefen ihm zu: „Lassen Sie doch den Mann, er ist doch ein Deutscher!" Der Franzose war so verblüfft, daß er die drei abziehen ließ. Dann kam er zur Besinnung und alarmierte die Wache. Die jungen Mädchen waren aber längst mit ihrem Schützling auf und davon. Ganze Straßenzüge wurden nach ihnen abgesucht. Sie waren verschwunden.

In Brambauer drang ein französisches Kommando in die Küche der Speisung der Amerikahilfe (Quäkerspeisung) ein und beschlagnahmte die Kochkessel. Obwohl darauf hingewiesen wurde, daß ohne das Kochgerät Hunderte von Kindern dem Hunger ausgesetzt seien und es sich überdies bei den Kesseln um amerikanisches Eigentum handle, zogen die Franzosen mit sämtlichen Geräten ab.

In Uerdingen wurden sogar die alten wertvollen Fahnen alter, angesehener katholischer Vereine beschlagnahmt. Die Geistlichkeit verwandte sich auf der Kommandantur für die Freigabe der Banner. Ihre Bemühungen waren erfolglos.

Der französische Zivilkommandant von Bochum zeigt jetzt eine ganz besonders auffallende „Energie". Er läßt auch die Geheimpolizisten auf die Ruhrbevölkerung los. Ein Deutscher, der beim Anblick eines Franzosen mit einer stark beschmutzten Uniform zu seinem Begleiter äußerte: „Ist der Kerl aber dreckig!", wurde von einem Geheimpolizisten mit vorgehaltenem Revolver für verhaftet erklärt. Jede Person, außer den Arbeitern mit besonderen Ausweispapieren, die sich nach 8 Uhr auf der Straße blicken läßt, wird sofort in Haft genommen. Die Behandlung spottet jeglicher Beschreibung. Die Offiziere hantieren mit ihren Reitpeitschen, die Mannschaften mit Kolben und Bajonett.

Die zwölfjährige Schülerin Grete Ludwig in Bochum wurde Freitag auf dem Wege zur Schule von einem französischen Soldaten zuerst französisch, dann deutsch nach dem Wege nach Altenbochum gefragt. Als sie ihm antwortete: „Darauf gebe ich keine Antwort", schlug der Soldat das überaus zarte Kind mit der Reitpeitsche zu Boden.

Der von den Franzosen in Bochum getötete 15jährige Arbeiter Sieghart von der Zeche „Prinzregent" wurde zu Grabe getragen. Schier endlos war der Trauerzug, wohl 20 000 Menschen nahmen daran teil. Die Arbeit ruhte am Nachmittag auf allen Schachtanlagen der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-A.-G., und mit Recht konnte Pfarrer Vogel in seiner Grabrede sagen, daß Altenbochum (der Vorort von Bochum, in dem die schändliche Bluttat geschah), eine derartige Beerdigung noch nicht erlebt hat, weder einen solch riesigen Trauerzug noch eine solche allgemeine Teilnahme der Bewohner an dem Schmerz und der Trauer. Dann verlas der Jugendleiter des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Wiedfeld, ein Protestschreiben, das an den General Degoutte gerichtet ist, und führte weiter aus: Wir Bergarbeiter sind mit dem Tode vertraut, der Gang zum Friedhof ist uns nichts Ungewöhnliches. Einen Tod aber wie diesen, daß ein Bergmann auf seiner Arbeitsstätte von Kugeln getötet wird, und dazu noch von einem Volke, das für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit eintreten

will, sind wir nicht gewöhnt. Tief empört sind wir über das himmelschreiende Unrecht. Deutsche Arbeiter und Beamte sind keine Knechtsnaturen. Wir wollen keinen Krieg, an diesem Grabe aber geloben wir, daß wir kämpfen werden um Bergmannsehre und Bergmannsrecht um Deutschlands und unser Lebensrecht. Tief ergriffen verließ dann die große Trauergemeinde den Friedhof. Als die Züge die katholische Kirche an der Wittener Straße passierten, wurden sie von französischen Soldaten gesprengt. Mit Bajonetten und Kolbenschlägen wurden die Leute auseinandergetrieben. Einem der Knaben, der das Kruzifix trug, wurde dieses zerschlagen. Es gab viele Verletzungen, und eine Anzahl der Teilnehmer mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Weitere Bluttaten.

Bei Buer wurde der Bergarbeiter Grote, als er über das Bahngeleise ging, von einem französischen Posten erschossen. Die Belegschaft der Zeche, wo er arbeitete, trat in den Proteststreik. In Bochum wurde ein Arbeiter in der Herner Straße nachts durch den Bajonettstich eines Franzosen getötet. In Hörde wurde der Ingenieur Ewald Dirks, der in Begleitung eines Freundes war ohne jede Veranlassung von einem französischen Soldaten (anscheinend einem Unteroffizier) durch Revolverschuß so schwer verletzt, daß er am folgenden Tage im Krankenhaus starb. Der Franzose entfloh nach der Bluttat.

Verbot einer österreichischen Zeitung im Rheinlande.

Das „Neue Wiener Journal“ wurde wegen antifranzösischer Haltung im Rheinlande für 3 Monate verboten.

Frankreichs Furcht vor den Sozialisten.

Nach der Wiener „Stunde“ haben in Köln die englischen Besatzungsbehörden auf Forderung der Franzosen die Abhaltung eines internationalen Kongresses der deutschen und französischen Sozialisten verboten, der für den 17. März nach Köln einberufen war.

Keine Stickstofflieferungen an Frankreich und Belgien.

Die Reparationskommission hatte für Montag, den 5. März, Vertreter der deutschen Regierung zu einer Besprechung über die Stickstofflieferungen an Frankreich, Italien und Belgien eingeladen. Deutscherseits ist gestern geantwortet worden, daß die deutsche Regierung wegen des Ruhreinfalles sich nicht in der Lage sieht, Lieferungen an Frankreich und Belgien auszuführen, daß sie daher zu der geplanten Sitzung keine Vertreter entsenden wird, daß dagegen unmittelbare Verhandlungen wegen Stickstofflieferungen mit den italienischen Vertretern bereits eingeleitet seien.

Der Inhalt der Rede des Reichskanzlers.

Reichskanzler Cuno empfing am Dienstag vormittag die Parteiführer und machte sie mit dem Inhalt der beabsichtigten Regierungserklärung bekannt. Der erste Teil der Erklärung enthält eine Darstellung des Vorgehens Frankreichs im Ruhrgebiet und eine Verwahrung gegen die Gewalt und den Terror Frankreichs. Im zweiten Teile wird eine Wirtschaftsbilanz der Aktion Frankreichs und der bisherigen Anstrengungen Deutschlands, das bis Ende 1922 zu Reparationszwecken 45,6 Milliarden Goldmark in bar und in Sachlieferungen gezahlt hat, aufgestellt. Cuno betont, daß der deutsche Vorschlag, der der Pariser Konferenz vorgelegt werden sollte, gar nicht geprüft wurde, ja daß Deutschland gar nicht die Möglichkeit gegeben worden sei, sein Projekt zu unterbreiten. Die Frage, ob sich die gegenwärtige Spannung durch Verhandlungen beseitigen lasse, hängt in erster Linie von Frankreich ab, weil Frankreich darüber entscheidet, ob die gegenwärtige Herrschaft der Gewalt und des Terrors die Deutschen zum Äußersten treiben soll, oder ob anstatt dessen Verhandlungen zwischen gleichberechtigten Kontrahenten aufgenommen werden sollen. Die Deutschen sind zu Verhandlungen bereit, aber nur bei Gleichberechtigung und auf der Grundlage von Bedingungen, die sie innehalten und erfüllen können. Zu einer Kapitulation wird sich Deutschland niemals verstehen.

Die Rede Cunos soll ausschließlich ein Appell sein, der das Ausland auffordert, aus seiner Reserve gegenüber der französischen Aktion herauszutreten und zweitens ein Appell, der das deutsche Volk zur Ausdauer im Widerstand und zur Bewahrung der Einheitsfront aufruft.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten für die Ordnung und Sicherheit.

Der Reichspräsident hat folgende Verordnung betr. Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet erlassen:

1. Mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus wird bestraft, wer während der in Friedenszeiten erfolgten Besetzung deutschen Gebietes durch eine fremde Macht dieser in wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Angelegenheiten als Spion dient oder Spione aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet.

Bei mildernden Umständen ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder Gefängnis nicht unter 2 Jahren.

2. Neben der Freiheitsstrafe ist auf Geldstrafe bis zu 500 Millionen Mark zu erkennen. Neben Gefängnis kann auch Verlust der bekleideten öffentlichen Ämter sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

Der Protest der hessischen Regierung.

Die hessische Staatsregierung hat folgenden Aufruf an das hessische Volk erlassen: „Französische Truppen haben am Sonnabend, 3. März, die Eisenbahnwerkstätte westlich des Hauptbahnhofes Darmstadt besetzt. Dieser Gewaltakt wird ebenso wie die Besetzung der Mannheimer und Karlsruher Häfen von der französischen Regierung in einer an die Reichsregierung gerichteten Note als Vergeltungsmaßnahme für die Sperrung des Rhein-Herne-Kanals bezeichnet. Auf eine rechtliche Begründung wird von der französischen Regierung verzichtet. Die hessische Regierung und mit ihr das ganze hessische Volk gibt der Entrüstung über diese im Wege der Gewalt durchgeführte Repressalie und die Rücksichtslosigkeit, mit der ohne vorherige Ankündigung in einen lebenswichtigen Betrieb eingegriffen wird, Ausdruck. Wir können den Gewaltmaßnahmen der Gegner keinen Widerstand entgegensetzen. Das hessische Volk ist aber in allen seinen Teilen einig in dem Willen, ebenso wie die Volksgenossen an der Ruhr und in Baden durch feste Entschlossenheit sich der rechtswidrigen Gewalt nicht zu beugen und durch Festhalten an seinem Recht der guten Sache zum Ziele zu verhelfen. Den umlaufenden und unkontrollierbaren Gerüchten ist kein Glauben zu schenken. Unerschütterliche Ruhe wird auch bei uns den Erfolg sicherstellen.“

Aus der Sowjetföderation.

Ein Sensationsprozeß in der Ukraine.

Aus Charkow wird gemeldet:

In Winnica wurde dieser Tage der Prozeß gegen die national-kulturelle Organisation „Proswita“ beendet. Die genannte Organisation war angeklagt, eine Reihe von kommunistischen Agitatoren auf dem Lande ermordet zu haben und mit den Atamanen Galczewski, Chmara und Petljura in Beziehungen gestanden zu haben. Von 96 Angeklagten wurden 84 zum Tode verurteilt, die übrigen 12 zu Gefängnis und Konfiskation ihrer Güter.

Die russische Getreideausfuhr.

Aus Helsingfors wird geschrieben: Mit der zunehmenden Hungersnot in einzelnen Gebieten Sowjetrußlands verdoppelt die Sowjetregierung ihre Anstrengungen zwecks Förderung der russischen Getreideausfuhr. Die Energie, mit der sich die Sowjetregierung an die Ausfuhr von Getreide aus dem hungernden Lande gemacht hat, erklärt sich durch die große Geldlosigkeit des Volkskommissariats für Außenhandel, dem für seine Handelsoperationen um jeden Preis neue Mittel gewonnen werden müssen. Die Ausfuhr des Getreides liegt in den Händen der bolschewistischen Handelsgesellschaft „Chleboprodukt“. Die Ausfuhr erfolgt sowohl über den Petersburger Hafen, wie über den südrussischen Hafen Noworossijsk. Aus Nordrußland ist bisher Getreide nur nach Schweden ausgeführt worden, während aus Noworossijsk eine größere Getreidemenge nach Hamburg gehen soll. Insgesamt plant die Sowjetregierung im Laufe der Monate Februar und März aus Noworossijsk 2½ Millionen Pud (1 Pud = 16,38 Kilogramm) Getreide auszuführen. Es handelt sich hierbei nach offizieller bolschewistischer Darstellung ausschließlich um kaukasisches Getreide, das übrigens äußerst stark verunreinigt ist und in dem Elevator von Noworossijsk erst gründlich gereinigt werden muß. Nach Hamburg werden 1½ Millionen Pud Gerste verfrachtet werden, außerdem werden 1 Million Pud Winterweizen ausgeführt. Wohin der Weizen gehen wird, ist noch nicht bekannt. Der große Noworossijsker Elevator hat durch die Kämpfe, die sich im März 1920 hier zwischen Weißen und Roten abspielten, nur wenig gelitten. Mit den Wiederherstellungsarbeiten ist die Südrussische Fabrik „Sudostalj“ betraut worden. Die Kosten werden auf 40 000 Goldrubel veranschlagt.

Russische Getreideverkäufe an Finnland.

Die russische Reichsbank hat, wie „Hfbl.“ meldet, an die Firmen Veljekset Pensa u. Co., Saastandinen u. Söhne in Kuopio und an die Dampfmühle in Wasa 8 Millionen Kilogramm Roggen verkauft, die zurzeit in Petersburg verladen werden. Das Getreide soll die russische Reichsbank als Steuerzahlung und als Bezahlung von sonstigen Schuldnern erhalten haben. Auch an anderen Orten in Rußland, zum Beispiel in Moskau, sind große Partien Getreide angesammelt worden, die finnischen Käufern angeboten worden sind.

Reform des Steuersystems?

Auf dem allrussischen Erzeugerkongreß setzte Kamieniew die Teilnehmer davon in Kenntnis, daß die Regierung sich mit der Absicht trage, von der Steuereinziehung in Naturalien allmählich zu dem System der Steuerentrichtung in bar überzugehen. Die Mehrheit der Kongreßmitglieder sprach sich für eine Steuerentrichtung teils in barem Gelde, teils in Naturalien aus.

Deutsches Reich.

Eine Rede des preußischen Innenministers.

Der preußische Innenminister Severing sprach in Münster über die Stellung der deutschen Arbeiterschaft zum Einbruch ins Ruhrgebiet. In seinem Rückblick auf die politischen Ereignisse seit der Konferenz von Spaa wies der Minister nach, wie die Franzosen von langer Hand ihren Einbruch vorbereitet haben, wie der Widerstand der Arbeiterschaft längst vorbereitet gewesen und keine künstliche Berliner Mache sei. Energisch wies der Minister die vielfach aufgestellte Behauptung zurück, die deutschen Arbeiter leisteten solch energischen Widerstand, weil sie durch die sogenannte Arbeitsgemeinschaft korrumpiert seien und weil die Bergarbeiter sich vor den Wagen der Stinnes und Thyssen hätten einspannen lassen.

Ein Bündnis mit Frankreich sei unmöglich, weil die militärische Überlegenheit Frankreichs jeden engeren Zusammenschluß zur Durchführung der französischen Hegemonie in Europa und zur weiteren Knechtung Deutschlands benutzen werde. Die Aufforderung von linksradikaler Seite, daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen Poincaré und Foch, aber auch gegen die Cuno-Regierung führen müsse, bezeichnete Severing als eine politische Kinderei. Nicht um Parteimeinungen und nebensächliche Dinge ginge es jetzt, sondern im Interesse der deutschen Arbeiterschaft liege es, Poincaré von den größenwahnsinnigen Militaristen in Frankreich zu beweisen, daß die Macht des Rechtes stärker sei als das Recht der Macht.

Bezüglich des Endes des Ringens ist der Minister der Ansicht, daß Deutschlands Lage beim Ende des Kampfes zum mindesten nicht schlechter sein werde, als sie geworden wäre, wenn dem Einmarsch nicht das energische „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegengehalten worden wäre. Hätte man sich diese Gewalttaten gefallen lassen, dann wäre es ein für allemal mit dem moralischen Kredit Deutschlands aus gewesen, und hätten bis zum Sanktnimmerleinstag auf die Hilfe des Auslandes warten können. Auch Severing lehnt die Einleitung von Verhandlungen von deutscher Seite ab. Selbstverständlich, sagt er, wünsche die deutsche Regierung nichts sehnlicher, als die Leidenszeit verkürzen zu können. Den Leuten, die der Cuno-Regierung zuriefen „Verhandelt!“ müsse man erwidern, wer immer von Verhandlung flennt, der gibt sich den Anschein, als pfeife er aus dem letzten Loche, und das sei noch lange nicht der Fall. Deshalb solle man nicht von Verhandlungen reden, wo Handeln notwendig sei. Kampfziel müsse sein, Herrn Poincaré beizubringen, daß Friede ernährt und Unfriede verzehrt.

Zur Durchführung des weiteren Widerstandes hält es Severing für unbedingt notwendig, gegen Wucher und Schiebertum mit aller Rücksichtslosigkeit vorzugehen.

** **Maßnahmen zur Niedrighaltung des Getreidepreises.** Trotz der infolge der Geldentwertung ungemein gestiegenen Beschaffungskosten des Getreides, auch gerade des Auslandsgetreides, und der gleichfalls stark gestiegenen Unkosten für Frachten usw. ist sich die Reichsregierung dahin schlüssig geworden, den Getreideabgabepreis und den Mehlabgabepreis der Reichsgetreidestelle jetzt nicht zu erhöhen, damit nicht durch eine Geldentwertungswelle der in aussichtsreicher Weise eingetretene Stillstand der Valuta gefährdet wird. Da die ganze Volkswirtschaft auf dieses Ziel nach aller Möglichkeit eingestellt werden muß, hat die Reichsregierung auch die von ihr zu treffenden Preisfestsetzungen auf das geringste Maß beschränkt. Deshalb ist in der bestimmten Erwartung, daß die Landwirtschaft sich den grundsätzlichen Erwägungen der Regierung anschließt, nur der Preis für das fünfte Sechstel des Umlagegetreides gemäß dem Mehrheitsbeschluß der Zwanzigerkommission auf 600000 Mark für die Tonne Roggen festgesetzt worden, während der Preis für das vierte Sechstel in Berücksichtigung des Umstandes, daß die starke Geldverschlechterung und die ihr folgende Steigerung der Unkosten nur in einem Teil des Monats Januar wirksam geworden ist, auf 500000 Mark bestimmt worden ist.

** **Einführung der freien Zuckerwirtschaft.** Der wirtschaftspolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates bestätigte den Beschluß des Unterausschusses für Landwirtschaft über die Einführung der freien Zuckerwirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1923/24 mit 20 gegen 8 Stimmen. Die im gleichen Beschluß vorgeschlagenen Maßregeln für das laufende Wirtschaftsjahr 1922/23 wurden einstimmig gebilligt. Es schloß sich daran eine kurze Erörterung über die Preisgestaltung im Inlande und die Wirtschaftslage unter dem Einfluß des Eingreifens der Reichsbank auf dem Devisenmarkt, wobei festgestellt wurde, daß bei manchen Waren der Weltmarktpreis bereits überschritten und in den Häfen ausländische Kohle billiger als deutsche zu haben ist.

** **775 Prozent der Friedensmiete als Wohnungsbauabgabe.** Der Reichstag ist sich bekanntlich noch nicht darüber klar, in welcher Höhe und von welchem Zeitpunkt an er die bevorstehende Erhöhung der Wohnungsbauabgabe beschließen soll. Der Berliner Magistrat aber kann darauf nicht warten. Er unterbreitet den Stadtverordneten soeben einen Antrag, den Gemeindesonderzuschlag der Wohnungsbauabgabe, der bisher 50 Prozent beträgt, auf 725 Prozent mit Wirkung vom 1. Januar 1923 festzusetzen. Damit würde sich die Wohnungsbauabgabe von jetzt 100 Prozent der Friedensmiete auf 775 Prozent, gleich: 7¾ fache Friedensmiete erhöhen. Gleichzeitig wünscht der Magistrat, ermächtigt zu werden, den Sonderzuschlag der Wohnungsbauabgabe jeweils bis zur Höhe des von der Regierung festgesetzten Pflichtzuschlages zu erhöhen.

** **Der Teuerungsindex für Februar.** Nach den Daten des Statistischen Amtes des Deutschen Reiches sind die Kosten der Lebenshaltung im Februar im Vergleich zu Januar um 136 Prozent gewachsen.

Freistaat Danzig.

†* **Ein Danziger Schiff wrack geworden.** Der Danziger Motorschoner Hieronymus ist in der Nordsee wrack geworden. Die Besatzung von 11 Mann wurde am Freitag von dem dänischen Dampfer Aalborg geborgen, der, von Hull kommend, nach Kopenhagen unterwegs war.

Aus aller Welt.

Numerus clausus für jüdische Studenten in Wien. An der Wiener Universität wurde der numerus clausus für jüdische Hörer eingeführt. Der Beschluß wurde am 5. März am schwarzen Brett der Universität angeschlagen. Die Zahl jüdischer Hörer soll 10 Prozent nicht übersteigen. Zur Durchführung des Beschlusses wird eine besondere Kommission gebildet, die auch über die Befähigung ausländischer Universitätsbesucher entscheidet. Die amtlichen Kreise erklären, daß es sich um eine Angelegenheit handelt, in der die höheren Schulen autonom sind. Die Verordnung soll vor allem den übermäßigen Zustrom jüdischer Hörer aus dem Auslande, weniger die einheimischen, österreichischen Juden treffen.

Zusammenstöße in Wien. In Wien kam es am Sonnabend zu heftigen Zusammenstößen zwischen jüdischnationalen und deutschnationalen Demonstranten, bei denen die Polizei von der blanken Waffe Gebrauch machen mußte.

Gerüchte über Abdankung des spanischen Königs. Die spanische Polizei in Madrid konfiszierte die Zeitung „Del Actione“, weil sie eine Nachricht brachte, daß der König von Spanien am 10. März, am Namenstage des (15jährigen) Thronfolgers, zu dessen Gunsten abdanken wolle.

Die Frühjahrsmesse in Leipzig.

Die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse ist in der üblichen Weise unter außerordentlich starker Beteiligung eröffnet worden. Der Messeverkauf kann noch nicht übersehen werden; doch stand die Eröffnung zweifellos unter dem Einfluß des unfreundlichen Wetters und der politischen Hemmungen, die vom Ruhrgebiet ausgehen. Immerhin war der Verkehr stark, ohne daß man den Eindruck gewann, daß die Kauflust besonders lebhaft einsetzte. In den Musterlagern des Stadtinnern war der Zuspruch nicht so groß, wie man erwartet hatte, während auf dem städtischen Ausstellungsgelände, namentlich bei der Schuh- und Ledermesse die Frequenz sehr lebhaft war und bereits namhafte Umsätze erzielt wurden.

Die Ansichten der Aussteller über den Messeverlauf sind noch geteilt. Manche urteilen pessimistisch, andere sehen die Lage etwas günstiger an und glauben, daß der tatsächlich bestehende Warenhunger, der bereits auf der letzten Herbstmesse festgestellt wurde, auch bis heute noch nicht nachgelassen habe. Die Nachfrage richtet sich in der Hauptsache auf greifbare Lagerware, während freibleibende Aufträge nur zögernd erteilt werden. Mit dem valutastarken Ausland wird nach wie vor in der betreffenden Auslandswährung gehandelt, während im Verkehr mit den minder valutastarken Ländern die Markwährung vorherrscht.

Die Zahl der geschäftlichen Messebesucher beträgt mehr als 100 000.

Die Ausstellerzahl beträgt 13 330, darunter 622 ausländische Firmen.

Die Technik.

Die technische Messe verzeichnet starken Besuch und teilweise gute Geschäfte. Große Käufe wurden von Engländern und von Einkäufern aus dem Balkan, sowie von Amerikanern und Japanern getätigt. Diese Käufe erstrecken sich besonders auf Werkzeugmaschinen, Armaturen und Artikel der Elektrotechnik.

Montag mittag veranstalteten die „Deutschen Werke A. G.“ einen Empfang der Vertreter der in- und ausländischen Presse in ihrer Geschäftsstelle am Markt. Regierungsrat Wienbeck von der Berliner Hauptverwaltung der Deutschen Werke hielt eine Ansprache, in der er ein Bild von der Entwicklung dieses Riesenunternehmens gab und die Störungen kennzeichnete, die der Vertrag von Versailles in ihm hervorgerufen hat und noch hervorruft. Die Ausstellung der Deutschen Werke weist zahlreiche Neuheiten auf, darunter Metallbetten, die sich durch eine Reihe besonderer Vorzüge auszeichnen. Besonderen Wünschen, die namentlich von den Randstaaten geäußert wurden, entsprechen farbiglackierte Betten. Die Ausstellungsräume hatten lebhaften Zuspruch von Käufern. Die zweite Ausstellung der Deutschen Werke auf der technischen Messe enthält räumlich größere Fabrikate, wie Wagen, Preßluftwerkzeuge, Kompressoren, Normenfenster und -türen, Feldbahnmaterial, Schiffs- und Bootsbau, Glühkopfmotoren und anderes. Hierauf begaben sich die Pressevertreter zum Flughafen Mockau bei Leipzig, um dort die neugeschaffenen Einrichtungen von Junkers Flugverkehr zu besichtigen. Die Junker-Flugzeuge sorgen für regen Personen- und Postverkehr zwischen der Messestadt und anderen Orten. Fliegerhauptmann Milch hielt einen eingehenden Vortrag über die Entwicklung des Verkehrsflugwesens.

Die Tabakmesse

im Kosmos-Haus scheint einen guten Verlauf zu nehmen. Großfirmen der Branche sprechen sich sehr zufrieden aus. Sehr geklagt wird über die Verteuerung der Waren durch die zu hohe Banderolensteuer. Man hofft, daß die Regierung dem Drängen der Branchen Folge leisten und diese Steuer ermäßigen wird. Die Preise sind verhältnismäßig hoch, zumal sie durch wachsende Post-, Bahn- und Verpackungsspesen sowie steigende Löhne und Gehälter belastet werden. Große und leistungsfähige Firmen erzielen auf der Messe hohen Umsatz, weil sie sich mit bescheidenem Nutzen begnügen. Die billigsten Zigarren kosten 250 bis 300 M., teuere steigen von 1000 bis zu 7000 und 8000 M. das Stück. Die Zigaretten kosten durchschnittlich 120 M. Bei den Einkäufern macht sich vielfach Kapitalmangel bemerkbar. Manche Firmen haben ihre Lager bereits völlig ausverkauft und können nur noch kleine Quanten zur Verfügung stellen.

Flaute auf der Buchmesse.

Dagegen herrscht auf der Messe der Buchhändler, der sogenannten Bugra-Messe, bisher recht flaue Stimmung. Bei starkem Besuch wurde gestern und heute nur wenig gekauft. Es werden bisher im wesentlichen nur die Lagerbestände ergänzt, die aber meist noch ziemlich groß sind. Die Preise richten sich nach der Schlüsselzahl des Buchhandels, die jetzt 2000 beträgt. Für einen vierbändigen Klassiker, der früher 6 Goldmark kostete, müssen heute 56 000 Mark bezahlt werden. Das Interesse der deutschen Buchhändler richtet sich mehr auf Bedarfsbücher, während das Ausland Luxusbücher vorzieht. Man hofft, daß das Geschäft in den nächsten Tagen sich noch heben wird.

Vom 4. bis 28. April d. Js. findet in Danzig ein

Ausbildungskursus

für

Milchviehkontroll-Assistenten(innen)

statt. Landwirtssöhne und -töchter sowie Angehörige verwandter Berufe im Alter von 18—30 Jahren wollen sich unter Einreichung etwaiger Zeugnisabschriften nebst Lebenslauf melden beim

Verband der Rindviehkontrollvereine im Freistaat Danzig,
Danzig, Sandgrube 21. [5868

Das Anfangsgehalt beträgt monatlich den Gegenwert von 100 Liter Milch nebst freier Station. — Auf Wunsch wird den Schülern Unterkunft und Verpflegung nachgewiesen.

Wir empfehlen bei sofortiger Lieferung das neu erschienene Werk:

Nicolaus Coppernicus

Über die Umdrehungen der Himmelskörper + Aus seinen Schriften und Briefen.

Groß-Oktav Format, broschiert. Umfang 77 Seiten.

Preis 3500 Mark,

nach auswärts unter Nachnahme mit Portozuschlag.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Kaufe sofort Gut,

Größe 800—1500 Morgen, auch größeres.

Gegend gleichgültig. — Zahle sofort. [5878

Genaue Offerten mit Preisangabe erbittet

Rutkowski, Poznań, plac Działowy 6.

Landwirtschaft

200—500 Morgen, guten Boden mit kompl. lebend. u. tot. Inventar u. guten Gebäuden bei sofort. Barzahlung von Selbstkäufer zu kaufen gesucht oder auch Tausch gegen Realitäten in Deutschland. Offerten erb. unt. Nr. **53266** an **Annoncenbüro „PAR", ul. Fr. Ratajczaka 8.**

Auswanderer!

Hausgrundstück, Berlin C.

4 Stockwerke, Seitenflügel, 2 Läden, in bestem Zustande, gegen kleinere Landwirtschaft oder andere Werte, Provinz Poznań, zu tauschen gesucht. Bei größ. Landwirtschaft bis 600 Morg., Zuzahl. in bar. Offerten erbeten unter Nr. **53,258** an **Annoncenbüro „PAR", ul. Fr. Ratajczaka 8.**

Breitdrescher

mit und ohne Rollschüttler,
Sicherheits- u. Bügelgöpel, Torfpressen und Torfelevatoren :: Feldbahnteile,
sämtl. Systeme fabrizieren:

Raszewski & Kruszka
Fabrik landwirtschaftl. Maschinen
POZNAŃ,
Przemysłowa 26. Telephon 2891

---

2 Ia. Fuchshengste

(dreijährig) mit Abstammung hat abzugeben
F. Czapski, Obra b. Golina.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat März 1923

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Teatr Pałacowy

Plac Wolności 6.

Vom 5. März: Der größte Schlager der Saison

Die 2 Mädchen von Paris

Das gewaltigste Meisterwerk französischer Filmkunst der Firma „GOUMONT". Paris.

Saat-Kartoffeln

insbesondere:

Kaiserkrone, Frührosen, Industrie, Up to date, Alma, Fürstenkrone usw.

zur Märzabladung, sofort beginnend,

kauft

Emil Frühling, Poznań

Kartoffel-Großhandlung.

Tel.: 3099 u. 5349. Drahtadr.: „Saatkartoffel".

Posener

Messe-Anzeigen

haben

durchgreifenden Erfolg

im weit verbreiteten

Posener Tageblatt,

das von

kaufkräftigem Publikum

gehalten und aufmerksam gelesen wird. Man versäume nicht, die Messe-Anzeigen im Posener Tageblatt zu veröffentlichen! —

2—4 Millionen Mark

geg. Sicherh. u. hohe Zinsen, evtl. Beteilig., sucht Grundst.-Besitzer. Gefl. Ang. u. **5875** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Korsetts
Hüftenhalter
Büstenhalter

(482

in grösster Auswahl empfiehlt

Spezial-Korsettgeschäft
S. & W. Kaczmarek
Poznań
ul. 27. Grudnia 20.

Gemüse- und Blumen-Samen

aus **Deutschland** eingetroffen.

Hochprozentige Keimfähigkeit und beste Sorten wie in jedem Jahre.

Friedrich Gartmann,

Gärtnerei, [5881

Poznań, Górna Wilda 92.

Gebildeter Landwirt 29 J. alt, evgl., große, schlanke Erscheinung sucht auf diesem Wege die Bekanntschaft gebildeter Dame, zwecks

Heirat.

Witwe nicht ausgeschlossen. Einheirat in mittlere Landwirtschaft bevorzugt. Eigenes Vermögen 15 Mill. Gefl. Zuschriften unter **L. 5884** an die Geschäftsstelle dieses Bl. erbeten.

Herrschaft Grocholin b. Kcynia

verkauft größeren Posten [5880

Saatkartoffeln

„Deodara" und **„Wohltmann 34".**

Frl. v. L. a. Aeuß. evgl., Anf. 32 J., 3 Mill. Verm. u. Möbel w. Herrenbek., zwecks

Heirat.

Anonym zweckl. Off. u. **D. 5883** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Wir kaufen und trocknen Kartoffeln,

dortselbst sind abzugeben **2 Kondenstöpfe** 4 Atm.

Brennerei und Trocknerei Bülowstal, Gościejewo p. Rogoźno. (5870

Für meine Freundin suche ich v. d. Wissen einen **Lebensgefährten** aus geb. Kreisen. Meine Freundin ist Ende 20er J., a. g. Fam. heiter naturl. und von angenehmer schl. Erscheinung. Sie ist im Haushalt gut bewandert, musik. und in guten Verhältnissen. Witwer mit Kind nicht ausgeschlossen. Gefl. Off. u. **5600** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.



Zuchtschweine

des großen weißen

Edelschweines

liefere aus meiner reinblütigen, altbekannten **Herdbuchstammherde** jederzeit. Preis pro Monat 3 Zentner Roggen. Eliteti re mehr. [5264

Modrow, Modrowo, poczta Skarszewy (Schöneck).

Zur gefl. Kenntnis!

Die 3. Auflage des **Seydell'schen Lehrbuches**

Wesoły Początek

ist gänzlich vergriffen.

Die 4. Auflage wird in ca. 2 Wochen erscheinen. Der Preis wird noch bekanntgegeben.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

---

ff. gemahlenen

Düngergips

(schwefelsaurer Kalk)

Mk. 25 000,— per 100 Kilogramm

in Wagenladungen sofort lieferbar [5835

Wapnoer Gipsbergwerke Tow. Akc., Wapno.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch, den 7. 3., abends 7½ Uhr: **„Eugen Onegin"**, Oper in 3 Akten von Czajkowski.

Freitag, den 9. 3. abends 7 Uhr: **„Die Fledermaus"**, Oper in 3 Akten von J. Strauß.

Sonnabend, den 10. 3., abends 7½ Uhr: **„Pique Dame"**, Oper von Czajkowski.

Sonntag, den 11. 3., um 3 Uhr: **„Hänsel und Gretel"**, Märchenoper von Humperdinck (Preisermäßigung).

Sonntag, den 11. 3., abends 7½ Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen"**, Oper in 3 Akten von Offenbach.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol Ecke ul. Fredy und Sew. Mielżyńskiego.

KINO COLOSSEUM

św. Marcin 65

Vom 5. bis 11. März

Auf den Spuren des Spions.

Aussergewöhnliche Spannung hervorrufendes Detektiv- u. Sensationsdrama aus der Tätigkeit eines raffinierten Spions während d. Weltkrieges.

Wir warnen

alle Gäste, die nach dem

Kino Apollo

gehen werden, um sich das Lichtbild unter dem Titel

„Fuhrmanns Tod"

anzusehen, da sie von uns nicht werden bedient werden.

Internationaler Kellnerbund.

J. Börde, Installationsbüro

(früher Leiter der Firma Rich. Rob. Hein)

Poznań, ul. Dąbrowskiego 36

(früh. Gr. Berlinerstr.)

Ausführung von Pumpen-, Wasser- und Kanalisations-Anlagen, [5877

Bade- und Toiletten-Einrichtungen.

Versand-Buchhandlung.

Zur Anschaffung empfehlen:

Müller, Deutsche Liebe. Aus Papieren eines Fremdlings.
Berger, Den lieben Mädels und feinsinnigen Frauen.
Schlaf, Ein freies Weib. Roman.
Arbeitsrecht, Arbeitspflicht, Arbeitszwang.
Germanicus, Englands deutsche Politik.
Moles, Wohin haben uns Parlamentismus und Demokratie gebracht?
Goslar, Amerika 1922. (Illustriert.)
Kramer, Auf drei Beinen durchs heilige Rußland.
Holitscher, Gesang an Palästina.
Dilthey, Leben Schleiermachers. I. Band.
Neuburger, Ich kann wirtschaften.
Dreier, Die Siedler von Hohenmoor. Ein Buch des Zornes und der Zuversicht.
Dr. Baerwald, Der Mensch ist größer als das Schicksal.
Dr. Beyer, Menschenökonomie.
Blos, Die französische Revolution.
Eulenberg, Wir Zugvögel. Roman.
Jellinck, Das Weltengeheimnis.
Schöne Frauen in 60 Meisterbildern.
Hardt, Die Töchter der schönen Susanna. Roman.
Wolke, Der Hof des Schweigens. Roman aus Island.
Heile, Nach Rapallo im Sowjetlande.
Harwig, Die Stunde kommt. Roman vom Gardasee.
Kraze, Amey. Ein Roman aus der Zeitseele.
Boy-Ed, Annas Ehe. Roman.
Müller-Partenkirchen, Bauerngeschichten.
Courths-Mahler, Von welcher Art bist Du? Roman.
Frenzel, Goethe, unser Führer.
Brandt, Deutsche Geschichte.
Sand, Der Fall Gehrsdorff. Roman.

Zeitschriften:

Die Woche. — Daheim. — Velhagen und Klasing's und Westermann's Monatshefte. — **Europäische Modenzeitung. — Für's Haus. — Deutsche Jägerzeitung. — Die Gartenlaube. — Der Bazar** (Frauen-Modeblatt). — **Vobachs Frauen- und Modenzeitung.**

Sämtliche Bestellungen,

auch solche von hier nicht angezeigten Büchern, Zeitschriften und Musikalien bitten wir **direkt an uns** zu senden!

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6

Teppiche

in jeder Größe **(Friedensqualität)** empfiehlt

Poznański Skład Dywanów „Dywan"

ul. Wrocławska 20. [5876

Bierflaschen

m. Patent-Verschluß kauft

Bierverlag ul. Plas owa

Aus dem Finanzsanierungsgesetz.

Teil I.

Fester Wertmesser.

Artikel 1. Bis zur durchgeführten Valutareform wird der Złoty als Berechnungseinheit bei der Bemessung und Berechnung von Steuern, Abgaben und anderen öffentlich-rechtlichen Gebühren zugunsten des Staates und der Selbstverwaltungskörperschaften sowie zur Berechnung und Festlegung der Eisenbahn- und Posttarife eingeführt.

Artikel 2. Der Gulden als Berechnungseinheit wird der Kaufkraft, die die in Gulden enthaltene Goldmenge im Jahre 1914 hatte, entsprechen. Der Finanzminister bestimmt periodisch den Wert des Guldens in Polenmark auf Grund eines verkürzten Großhandelspreiskoeffizienten des Statistischen Hauptamtes und gibt den Wert bekannt. Dabei sind Abrundungen, die mit Rücksicht auf das Rechnungswesen notwendig sind, zulässig.

Artikel 3. Vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an werden alle in den gültigen Gesetzen oder Verfügungen erwähnten, in Polenmark ausgedrückten Summen, sofern sie öffentlich-rechtliche Einkünfte des Staates und der Selbstverwaltungen betreffen, in Gulden umgerechnet, falls das betreffende Gesetz oder die betreffende Verfügung eine solche Umrechnung nicht ausdrücklich verbietet. Der Wert des Guldens wird zu diesem Zweck vom Finanzminister auf die in Artikel 2 angegebene Art festgesetzt, indem als Grundlage das Mittel für die Zeit 15 Tage vor und 15 Tage nach dem Inkrafttreten des betreffenden Gesetzes oder der betreffenden Verfügung genommen wird. Der Finanzminister gibt die Umrechnung in Złoty und den Zeitpunkt, von dem die Złotyumrechnungen gültig sind, bekannt.

Artikel 4. Die in Gulden berechneten Einkünfte des Staates und der Selbstverwaltungskörperschaften werden in Polenmark nach dem vom Finanzminister im Sinne des Artikels 2 bestimmten, am Zahltage gültigen Werte des polnischen Guldens erhoben.

Teil II.

Budget.

Artikel 5. Das Staatsbudget zerfällt in zwei Teile: 1. Das Verwaltungsbudget, 2. das Budget der Staatsunternehmen und Monopole. Das Verwaltungsbudget umfaßt die Ausgaben und Einkünfte der Staatsverwaltung und die Reingewinne und Defizite der Staatsunternehmen und Monopole. Die Budgets der Unternehmen und der Monopole enthalten die Einnahmen und Ausgaben jedes Staatsunternehmens und Monopols.

Artikel 10. Die Gehälter der Staatsfunktionäre und Militärpersonen, die im Februar 1923 ausgezahlt worden sind, bilden in Złoty umgerechnet die Grundlage für die Berechnung der jedesmaligen Gehälter in Polenmark. Die Erhöhung der Gehälter wird durch eine Verfügung des Ministerrates nach Maßgabe der Verminderung der Zahl der Beamten erfolgen können.

Teil III.

Staatsunternehmen.

Artikel 11. Jedes Staatsunternehmen und jedes Monopol, das in das Gesamtbudget aufgenommen ist, bildet eine juristische Person für sich. Es sind zum Beispiel juristische Personen: 1. Die Staatseisenbahnen, 2. die Staatswälder, 3. andere staatliche Landgüter, 4. die einzelnen staatlichen Berg- werks- oder Industrieunternehmen oder auch eine Gruppe solcher Unternehmen, 5. die Salinen, 6. das Salzmonopol, 7. das Tabakmonopol, 8. das Spiritusmonopol, 9. die Staatsdruckerei, 10. Militärwerke, 11. Telegraphen- und Telephonwerke, 12. staatliche Heilquellen.

Artikel 12. Die Staatsunternehmen und Monopole können Anleihen aufnehmen und sie durch die ihnen anvertrauten Güter oder durch ihre Einkünfte decken, sowie in den Grenzen einer normalen Verwaltung Objekte, die zum Stammvermögen gehören, nur laut einer ausdrücklichen, jedesmal vom Staatspräsidenten auf Grund eines Ministerratsbeschlusses erteilten Erlaubnis verkaufen oder verpachten. Die Gesamtsumme der zu diesem Zwecke aufgenommenen Anleihen darf von 1923 bis 1925 nicht 500 Millionen Złoty übersteigen.

Artikel 13. Der Finanzminister kann durch einen Kommissar über jedes Staatsunternehmen eine Kontrolle ausüben und dem Ministerrat Anträge unterbreiten, die die Organisation und Leitung der Unternehmen betreffen.

Artikel 14. Die Staatseisenbahnen werden der Leitung und Aufsicht des dazu berufenen Ministeriums unterliegen. Die direkte Verwaltung der Staatseisenbahnen werden Behörden ausüben, die im „Organisationsstatut der polnischen Staatseisenbahnen" bestimmt werden. Der Minister, der die Leitung und die Aufsicht über die Staatseisenbahnen hat, wird ermächtigt, die Zufahrtseisenbahnen ganz oder teilweise an Privatunternehmen zu verpachten oder zu verkaufen, wobei jedesmal die Erlaubnis des Staatspräsidenten vorliegen muß, die auf Grund eines Ministerratsbeschlusses erteilt wird.

Artikel 17. Zur Exploitation des Tabakmonopols können private Investitionskapitalien mit der Einräumung zugelassen werden, daß die bisherigen Tabakfabriken Eigentum des Staates bleiben und in der Monopolverwaltung die Regierung das Übergewicht haben wird. Das Tabakmonopol kann ebenfalls verpachtet werden. Diesbezügliche Verträge erfordern ihre Bestätigung seitens des Statspräsidenten auf Grund eines Ministerialbeschlusses.

Teil IV.

Sparaktion.

Artikel 19. Der Staatspräsident wird ermächtigt, auf Grund eines Ministerratsbeschlusses Verfügungen zu erlassen, die Gesetzeskraft besitzen und 1. die geltenden Gesetze und Verfügungen über Organisation, Tätigkeitsbereich und Verfahren der Staatsbehörden und Ämter aufheben oder ändern; 2. den Selbstverwaltungskörperschaften die Pflicht auferlegen, die Ausgaben für die Gehälter der Volksschullehrer und die Sachausgaben des Mittel- und Berufsschulwesens teilweise zu decken; 3. den Selbstverwaltungskörperschaften das Universal-Spitalwesen, die Pockenschutzimpfung und die Arbeitsvermittelung zu überweisen. Die unter 2 und 3 erwähnten Verfügungen werden nach Maßgabe der Entwickelung der Selbstverwaltung und des Anwachsens der Einkünfte aus den Kommunalabgaben erlassen.

Artikel 20. Der Staatspräsident wird ermächtigt, auf Grund eines Ministerratsbeschlusses Verfügungen zu erlassen, die die geltenden Gesetze und Verordnungen über Linderungsleistungen seitens des Staates zugunsten physischer und juristischer Personen ändern oder aufheben.

Teil V.

Vermehrung der Einkünfte.

Artikel 22. Die Stadtgrundstückssteuer wird vom 1. Januar 1924 ab für den Fiskus erhoben. Solange das Mieterschutzgesetz besteht, wird diese Steuer in Höhe von nicht mehr als 3 Prozent der Mietsätze vor dem Kriege, in Gulden berechnet, von den Nutznießern direkt oder unter Vermittelung der Grundstücksbesitzer erhoben werden. Den Staatsfunktionären wird diese Steuer aus dem Staatsschatz bonifiziert.

Artikel 23. Die durch das Gesetz vom 16. Juli 1920 eingeführte Staatsvermögenssteuer, deren Erhebung durch Artikel 56 des Gesetzes vom 16. Dezember 1921 über die Einziehung einer außerordentlichen Staatsabgabe aufgehoben worden ist, wird nach den Vorschriften des Gesetzes vom 16. Juli 1920 mit folgenden Änderungen erhoben: 1. Die Grundlage für die Bemessung der Steuer wird die Abschätzung der Vermögenswerte in Złoty sein. 2. Vermögen, die einen Wert von weniger als 1000 Złoty besitzen, sind steuerfrei. 3. Die Skala für die Progression der Steuer soll so festgelegt werden, daß die höchste Stufe nicht das Fünffache der niedrigsten Stufe übersteigt. 4. Die Steuer soll kontingentiert werden; die Gesamtsumme soll 600 Millionen Złoty betragen. 5. Die Steuer soll in fünf Halbjahrsraten vom 1. September 1923 ab erhoben werden. 6. Die ersten beiden Raten der Steuer werden auf Grund einer vorläufigen Berechnung der Vermögenswerte eingezogen werden. Die folgenden drei Raten werden entsprechend vergrößert oder vermindert. 7. Die Steuerzahler, die innerhalb der Zahlungsfrist für die erste Rate die ganze Steuer entrichten, die auf Grund einer vorläufigen Abschätzung auf sie entfällt, werden aus einer zwölfprozentigen jährlichen Ermäßigung Nutzen ziehen. 8. Die Finanzkammern werden befugt sein, die Grundstücksbesitzer von der Pflicht der Zahlung von Strafen und Mahngebühren zu befreien, die die Steuer innerhalb der bezeichneten Fristen nicht entrichten können, und ihnen gegen hypothekarische Garantien Prolongate der zu zahlenden Steuer unter achtprozentiger jährlicher Verzinsung zu gewähren. Die den Hausbesitzern, auf die sich das Mieterschutzgesetz bezieht, gewährten Prolongate werden nicht verzinst. Im Falle eines Verkaufs des Grundstücks hört die Prolongierung auf. 9. Steuerfrei werden die in den Städten neuerbauten Wohnhäuser sein, deren Bau vor dem 31. Dezember 1925 beendet sein wird, sowie die Ländereien, die den Soldaten des polnischen Heeres auf Grund des Gesetzes vom 17. Dezember 1920 zugeteilt werden.

Teil VI.

Die Deckung der Defizite.

Artikel 24. Für die Deckung des Teils des außerordentlichen Defizits im Verwaltungsbudget, der die Ausgaben für die Bedürfnisse der Staatsverteidigung für die Zeit vom 1. Januar 1923 bis zum 31. Dezember 1924 in Höhe von 460 Millionen Gulden und die außerordentlichen Ausgaben für den Wiederaufbau des Landes für denselben Zeitabschnitt in Höhe von 55 Millionen Złoty, zusammen 515 Mill. Złoty, umfaßt, wird die Vermögenssteuer bestimmt.

Artikel 25. Der Finanzminister wird ermächtigt, auf Grund eines Ministerratsbeschlusses zur Deckung des Restteils des außerordentlichen Defizits im Verwaltungsbudget für die Zeit vom 1. Januar 1923 bis zum 31. Dezember 1925 Anleihen in Höhe von 110 Millionen Złoty aufzunehmen. Die etwaige Sicherung dieser Anleihen durch Einkünfte aus den Staatsunternehmen und Monopolen erfordert jedesmal eine vom Staatspräsidenten auf Grund eines Ministerratsbeschlusses erteilte Erlaubnis.

Artikel 26. Bis zur Erlangung der entsprechenden Einkünfte aus der Vermögenssteuer oder aus anderen Quellen ist die Aufnahme einer Anleihe in der Polnischen Landesdarlehnskasse zulässig.

Kleinlandwirtschaft.

In der „Dt. Allg. Ztg." schreibt Ökonomierat Lembke folgendes:

Je mehr Not und Elend zunehmen, desto notwendiger wird die Sorge um das Kleine, zumal wenn das Kleine in seiner Gesamtheit so viel ausmacht wie in der Landwirtschaft. Die landwirtschaftlichen Zwerg- und Kleinbetriebe umfassen in Deutschland 48,5 Prozent der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche, wenn man bis zu 80 Morgen geht; dagegen rund 33⅓ Prozent, wenn man bis zu 50 Morgen geht. In der Hand dieser kleinen Wirte eine Fläche von mindestens vierzehn Millionen Hektar Nutzfläche. Aber es kommen dabei auch über fünf Millionen Wirte in Frage — 94 Prozent aller Landwirte. Was würde es für Deutschlands Ernährung bedeuten, wenn man von der gesamten Fläche der kleinen Landwirtschaft auch nur einen Zentner vom Morgen im Durchschnitt mehr erzeugen könnte! Was würde die gleiche Tatsache für die Steigerung des landwirtschaftlichen Wohlstandes und damit die Kaufkraft der kleinen Landwirtschaft bedeuten! Unsere Zukunft liegt auf dem Lande und vielleicht noch mehr bei den kleinen als bei den großen Wirten, weil durchweg bei jenen die größere Ertragssteigerung möglich ist.

In der Erörterung der Siedlungsfrage hört man so oft den Einwand, daß es volkswirtschaftlich bedenklich sei, in hoher Kultur befindliches Gutsland den viel schlechter wirtschaftenden kleinen Landwirten zu überlassen. Man wird ruhig zugeben können, daß vielfach der Großbetrieb in der Landwirtschaft höhere Roherträge liefert als der bäuerliche, kann aber diese Tatsache nicht ohne weiteres gegen die Siedlung gelten lassen. Zunächst wird dadurch nur klar vor Augen geführt, in wie schwerer Weise der kleine Landwirt vernachlässigt wurde, indem auch nicht annähernd so für seine berufliche Schulung gesorgt wurde wie für die des Großlandwirtes — vielleicht auch dadurch, daß die ganze landwirtschaftliche Berufsschulung mehr auf Groß- als auf Kleinbetrieb eingestellt war. Der Kleinbetrieb hat auch seine ganz besonderen Bedingungen, die nicht ohne Strafe außer acht gelassen werden dürfen.

Man wird z. B. gegenwärtig bei der Anliegeransiedlung nicht selten beobachten können, daß kleine Landwirte verhältnismäßig große Flächen ihrem bisherigen Betriebe hinzufügen, ohne ihre Betriebsmittel vergrößern zu müssen oder ihren jährlichen Lohnetat wesentlich zu steigern. Deshalb kann unter Umständen ein Kleinbetrieb ein ihm günstig gelegenes Stück Ödland mit in Kultur nehmen und seine gute Berechnung dabei finden, während der Großbetrieb eine solche Arbeit als unrentabel ablehnen müßte. Will man Groß- und Kleinbetrieb miteinander vergleichen, so soll man nicht nur auf die Leistung unter besonders günstigen oder doch normalen Umständen sehen, sondern auch an die extensiv bewirtschafteten Außenschläge denken, die in ihrem Ertrage oft recht weit hinter dem bäuerlichen Grundstücke zurückbleiben. Man soll andererseits aber auch dem kleinen Landwirt nicht in seinem Landhunger so weit nachgeben, daß man ihm bis zur gesetzlichen Höchstgrenze alles gibt, was er haben möchte und bezahlen kann, sondern soll dem, der seinen bisherigen Betrieb schlecht bewirtschaftet, überhaupt nichts geben, und dem, der gut wirtschaftet, nur so viel mehr, als mit seinen Betriebsmitteln gut wirtschaften kann. Werden diese Gesichtspunkte bei der Anliegersiedlung außer acht gelassen, so führen sie nicht zu einer Stärkung, sondern zu einer Schwächung des Kleinbesitzes. — Ebenso wird man natürlich bei der Neusiedlung auf die Befähigung des Ansiedlers und seiner Frau sehen müssen, — doch das geschieht in der Regel schon in hinreichendem Maße.

Auch mit der wirtschaftlichen Förderung des Kleinbetriebes hapert es oft sehr stark. Man sehe sich z. B. einmal an, welcher Unfug mit der Benutzung landwirtschaftlicher Maschinen im Kleinbetriebe gemacht wird. Da findet man sehr unrentable, weil mangelhaft ausgenutzte Maschinen, die eigentlich für Großbetriebe bestimmt sind, neben einer Anzahl von für den Kleinbetrieb eingerichteter Maschinen, die ebenfalls viel zu wenig ausgenutzt werden und von denen bei vernünftiger Organisation die Hälfte oder noch mehr gespart werden

---

Der heilige Berg.

Roman von **Wilhelm Hagen**.

40. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

XIII.

Fernleitner hatte in den nächsten Tagen viel zu tun. Mrs. Stevenson und Mr. Ellis betrieben eifriger denn je die Förderung ihrer kleinen Kolonie auf der Hochalm, wobei der Engländer sich sogar eifrig beim Hausbau betätigte, während die Amerikanerin eigenhändig Wiesenfläche in Gartenland verwandelte.

Außerdem hatte man in München bereits einen Aufruf erlassen an arme Künstler, daß sie sich unter Vorlegung ihrer bisherigen Arbeiten und eines Zeugnisses über den Bildungsgang für die geplante Malerkolonie melden möchten, und der Zuschriften waren so viele, daß es galt, eine Auswahl zu treffen.

So hatte sich denn Fernleitner dazu bereit erklären müssen, mit Mrs. Stevenson und Mr. Ellis auf drei Tage nach München zu fahren, vorgelegte Arbeiten zu prüfen, mit den Gesuchstellern zu verhandeln und alles Nötige in die Wege zu leiten.

Über all diesen Geschäften hatte Fernleitner wenig Zeit, sich um Ruth zu kümmern, und so blieb ihm auch gänzlich verborgen, in welchen inneren Kämpfen sie sich befand. Sie liebte den Dichter und hing nicht nur mit der Macht der Gewöhnung, sondern mit weitaus stärkeren Gefühlen an ihm. Und doch kam es ihr seit einigen Tagen so vor, als füllte diese Leidenschaft ihr Inneres nicht mehr so aus wie früher; es wollte ihr auf einmal scheinen, als ob ihr Empfindungsvermögen außer nach dieser Liebe noch nach anderem Erleben lechzte. Und wenn sie sich fragte, nach was sie sich eigentlich sehnte, empfand sie ein brennendes Verlangen nach einer Wiederholung des seltsamen Zustandes zwischen Traum und Rausch, den sie damals bei dem Grafen Broighem durchkostet hatte.

Dabei war ihr die Person des Grafen vollständig gleichgültig, und wenn sie an seine zerfallenen Züge dachte, erschien er ihr weit eher abstoßend als sympathisch und interessierte sie lediglich als Spender jenes seltenen Lustgefühls, das sich aus den kleinen Kugeln über das ganze Sein ergoß.

Sie wußte, daß sie Fernleitner bitter kränkte, wenn sie den Fuß je wieder in das Hotel setzte; sie fühlte aber auch, daß das Verlangen nach einer Wiederholung des Haschischgenusses in ihr von Tag zu Tag stärker wurde, und ahnte schon jetzt, daß der Tag kommen würde, wo es sie unaufhaltsam zu Broighem trieb.

Das Bewußtsein, seinem Zauber verfallen zu sein, machte sie durchaus nicht glücklich; sie empfand diese Hörigkeit als ein geistiges Sklaventum und war verzweifelt, daß sie nicht die Kraft aufbrachte, mit Erfolg dagegen anzukämpfen.

Dabei empfand sie Fernleitners Anwesenheit als einen gewissen Schutz; denn die kühlere Ruhe und selbstsichere Überlegenheit, die der Dichter ausströmte, war ein sicheres Gegengift gegen die dunklen Gewalten, die sie zu Broighem hinzutreiben suchten. Sie fürchtete sich daher direkt vor der Abreise Fernleitners, die sie schutzlos ihren Sehnsüchten überließ, und bat den Dichter öfter als einmal, er möchte doch bei ihr bleiben und sie nicht verlassen.

Aber Fernleitner, der diesmal nicht wie sonst auf den Grund ihrer Seele sah, lachte sie scherzend aus: „Was Du mit einem Male für ein Aufhebens machst wegen der zwei oder drei Tage, die ich in München verbringen werde! Nein sagen kann ich in diesem Falle nicht; denn während Mrs Stevenson und Mr. Ellis namhafte Summen aufwenden, opfere ich nichts als ein wenig Zeit!"

Sie nickte nur und fügte sich seinen Anordnungen; sie hatte mit einem Male das Gefühl, als sei es Schicksal, was sich hier fügte.

Wortlos rüstete sie ihm zur Abreise, wortlos nahm sie Abschied von ihm, und wortlos geleitete sie ihn nach dem Halteplatz der Drahtseilbahn, die er diesmal gleich seinen beiden Begleitern benutzte.

Als sie wieder zurückkam zu ihrer Hütte, setzte sie sich versonnen an den großen Tisch vor dem Hause und starrte leeren Auges ins Weite. Es war kein Wille in ihr, sondern nur die Empfindung, jedem Rufe folgen zu müssen, der vom Schicksal an sie erging, und so saß sie und wartete.

Da öffnete sich plötzlich die Gartentür, und ein Liftboy des Hotels nahte sich ihr mit zögerndem Schritt, um ihr ein verschnürtes Päckchen zu übergeben.

Sie entlohnte ihn und wartete vor Scheu, bis er die Tür wieder hinter sich verschlossen hatte. Dann löste sie die Verschnürung und entnahm einem zierlichen Umschlag einen Bogen feinsten Büttenpapiers mit Krone und Adelswappen, auf dem nur die wenigen Worte standen:

Sehr verehrte gnädige Frau!

Da Sie anscheinend durch feindliche Gewalten davon abgehalten werden, uns zu besuchen, gestattet sich ein warmer Verehrer Ihrer schönen Kunst, Ihnen ein paar Stunden des Glücks zu übersenden, das er zu verschenken hat.

Ihr Broighem.

Ruth las mit fiebernden Augen und steckte den Brief heftig zu sich. Dann entleerte sie den Inhalt des kleinen Pakets und entnahm ihm eine zierliche Rohrpfeife, wie sie sie vor wenigen Tagen bereits benutzt hatte, ein kleines Feuerzeug zum Entzünden des Brandes mit einer silbernen Kapsel, drei weißgraue Kugeln, von denen ein feiner, dem Weihrauch ähnlicher Duft ausging.

„Der Gute!" flüsterte sie für sich und trug sein Geschenk behutsam hinaus ins Schlafzimmer, wo sie es an einem sicheren Ort vorsichtig versteckte. Dann rechnete sie: zwei Tage wollte Fernleitner in München verbringen, also blieb sie drei Tage allein und konnte des Grafen Geschenk auf drei Tage verteilen. Drei Abende — drei Kugeln! Es war die richtige Einteilung, die sich von selbst ergab, und die sie auch einhalten wollte.

Glücklich verließ sie das kleine Gemach; nun hatte ihr Leben auf einmal einen Inhalt, ein geheimer Reiz lag über den drei Tagen ihres Alleinseins.

Ungeduldig begann sie die Stunden zu zählen, und in einer heißen inneren Erregung verbrachte sie den Tag.

(Fortsetzung folgt.)

könnte. So stehen z. B. in einem schlesischen Ansiedlerdorfe von zehn Siedlerstellen ebensoviele Handzentrifugen für die Entrahmung von Milch. Man denke sich einmal die Last, die dadurch den Siedlerfrauen, auch wohl erwachsenen Kindern auferlegt wird, ohne daß die Maschine so genau geht, wie es für den Verwendungszweck wünschenswert wäre. Man denke weiter, wie die Maschine ganz anders ausgenutzt werden könnte, wenn man anstatt der zehn kleinen eine oder höchstens zwei große Zentrifugen aufstellte, die dann entweder durch Pferd, Hund oder Esel, vielleicht auch durch einen kleinen Elektromotor betrieben werden könnten. Es braucht nicht an Anlagekapital gespart zu werden, eine vernünftige Organisation soll nur dafür sorgen, daß das vorhandene Kapital gut ausgenutzt wird, und der Mensch wirklich etwas von der Maschine hat.

Wie bei den Zentrifugen, so ist es bei Maschinen für Bodenbearbeitung, Erntemaschinen, bei Düngemitteln, Sämereien, Zuchttieren, Futtermitteln usw. Der Genossenschaftsgedanke hat zwar Boden gefaßt, aber den kleinen Mann noch lange nicht genug in seinen Bann gezogen und sich vor allen Dingen noch zu wenig mit den Bedürfnissen gerade des Kleinwirtes beschäftigt. So ist der kleine Landwirt fast ganz auf sich selbst angewiesen.

Freilich versuchen ja die Vertreter von Industrie und Handel auch aufs Dorf zu kommen und nicht ohne Erfolg. Aber ihr leitender Gedanke ist doch eben nicht in erster Linie die Betriebs- und Produktionsförderung der Landwirtschaft, sondern Ausdehnung der Industrie, ein berechtigter Gedanke, der sich auf dem Lande aber dem ersteren unterordnen muß. Die landwirtschaftlichen Unterrichtsanstalten, das landwirtschaftliche Schrifttum, Vereins- und Vortragswesen ist für die kleinen Landwirte nur in sehr geringem Maße vorhanden, nicht weil etwa diese grundsätzlich ausgeschlossen sind, sondern weil sie sich nicht hinzu getrauen und zur Geltung bringen, und man zu wenig versteht, sie heranzuziehen. Jeder guckt seinem großen Nachbar ja manches ab, und man hat auf dem Wege manchen wirtschaftlichen Fortschritt erzielt; — daß dabei trotzdem manche erheblich zurückbleiben, liegt auf der Hand. Und wenn nun heute bei der Durchführung des Siedlungswerks der Abstand recht augenfällig wird, so sollte man das zum Anlaß nehmen, schnell und kräftig an eine Förderung der kleinen Landwirtschaft zu denken.

Neben der Erzeugung verlangt der Verbrauch natürlich auch seine Rechte. Wenn heute behauptet wird, daß ohne die Großlandwirtschaft die Großstädter längst verhungert wären, so trifft das zu, spricht aber nicht gegen den Kleinbetrieb, sondern es zeigt nur die schweren Fehler, die dadurch begangen sind, daß sich um das Sammeln der kleinen Mengen aus den Kleinbetrieben fast niemand bekümmerte. Deswegen feierten gerade in diesen Kreisen die Schleichhändler, Schieber und Wucherer ihre besten Triumphe, wie man auch in diesen Kreisen gern nach dem Wort lebte: Genieße, was dir Gott beschieden. Auch hier wäre ein weites Betätigungsfeld für die Genossenschaft gewesen und ist es heute noch, aber leider scheint es an vielen Stellen Regel zu sein, die landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der Regelung landwirtschaftlicher Fragen auszuschalten.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 7. März.

Eine weitere Milderung des Antialkoholgesetzes.

Bekanntlich hatte der Ministerrat kürzlich beschlossen das Gesetz zur Bekämpfung des Alkoholismus dahin abzuändern, daß der Ausschank von Alkohol an den Sonnabenden und Sonntagen, abgesehen von der Kirchzeit, wieder gestattet werden soll. Nunmehr erfährt die „Gaz. Warsz.“, daß nach dem in derselben Sitzung gefaßten Beschluß auch eine größere Anzahl von Schankwirtschaften weiter bestehen bleiben soll. Nicht auf 2500 sondern auf 1000 Einwohner soll eine Schankstätte entfallen.

Die neuen Preiserhöhungen für Tabakwaren.

Die Generaldirektion der Monopolverwaltung in Warschau hat, wie wir in Ergänzung unserer gestrigen Notiz weiter mitteilen, durch die Wielka Izba Skarbowa in Posen für den Monat März 1923 ab 5. d. Mts. eine weitere Preiserhöhung der Zigarren, Zigaretten und des Tabaks eintreten lassen; diese Preise haben inzwischen Geltung erlangt. Die Veröffentlichung der neuen Preise im „Dziennik Ustaw“ dürfte demnächst, wenn nicht schon geschehen, erfolgen. Die Preise sind um 90 v. H. auf die Februarpreise erhöht worden; es kosten demnach Zigarren in den von der Monopolverwaltung vorgeschriebenen Preislagen und Sorten: die 1. Gattung (Mittelsorte) 540 M., die 2. Gattung (Vorzüglich B) 630 M., die 3. Gattung (Vorzüglich A) 840 M., die 4. Gattung (Erstklassig B) 1000 M., die 5. Gattung (Erstklassig A) 1250 M., die 6. Gattung (Luxuszigarre B) 1400 M., die 7. Gattung (Luxuszigarre A) 1800 M. das Stück im Kleinhandel.

Ein Eisenbahnerausstand bevorstehend?

Morgen, Donnerstag, wird dem „Przegląd Poranny“ zufolge eine wichtige Versammlung der Eisenbahner in Posen stattfinden. Falls die Regierung die Forderungen der Eisenbahner nicht bis Donnerstag erfüllt, wird sicherlich ein Streikbeschluß gefaßt werden. Die Forderungen der Eisenbahner sind folgende: 1. Auszahlung sämtlicher Teuerungszulagen an die nicht anschlagsmäßigen Angestellten bis zum 15. März. 2. Bewilligung einer Sonderteuerungszulage für die Stadt Posen auf gleicher Linie mit anderen Großstädten in Polen und 3. Aufhebung der zweiten Teuerungszone. In Eisenbahnerkreisen ist man der Meinung, daß die Regierung diese Forderungen nicht berücksichtigen wird und somit ein Eisenbahnerausstand vor der Tür steht.

Der Pensionspreis als Roggenwährung,

der neuerdings in allen Städten mit höheren Schulen lebhaft erörtert wird, bildete am vergangenen Sonnabend auch in Bromberg den Gegenstand einer Besprechung zwischen Eltern auswärtiger Schüler und Schülerinnen und den dortigen Pensionsinhaberinnen. Letztere hatten beschlossen, ab 1. März einen monatlichen Pensionspreis von 4 Ztrn. Roggen zu fordern. Daraufhin waren die Eltern auswärtiger Schüler zu einer Versammlung in das „Deutsche Haus“ geladen worden, um zu der Forderung der Pensionsinhaberinnen Stellung zu nehmen. Es waren, wie die „Deutsche Rundschau“ berichtet, denn auch viele Eltern von außerhalb, desgleichen auch viele Pensionsinhaberinnen erschienen. Die Einladung zu der Versammlung war ergangen von Gutsbesitzer Gohlke-Liskau, Kr. Wongrowitz, dem auch der Vorsitz übertragen wurde.

Er kennzeichnete die Schwierigkeiten, mit denen jeder Landwirt jetzt zu kämpfen habe, und ging auf die Forderung der Pensionsinhaberinnen über. Diese würde es den auswärtigen Eltern fast unmöglich machen, ihre Kinder nach Bromberg auf eine höhere Schule zu schicken. Kein Berufsstand, einschließlich der Landwirte, habe jetzt auch nur annähernd die Hälfte seines Friedenseinkommens, während die vorliegende Forderung beinahe den vollen, für mäßige Pensionen im Frieden gezahlten Preis erreiche. Außerdem hätten bei einem so einschneidenden Beschlusse doch auch die Eltern der Pensionäre gefragt werden müssen. Das wäre aber nicht geschehen, und der Beschluß der Pensionsmütter sei den Eltern in einer fast befehlsmäßigen Form übermittelt worden.

Auf die Ausführungen des Vorsitzenden antwortete Frl. Schnee als Vertreterin des Verbandes der Pensionsinhaberinnen und Geschäftsführerin dieses Verbandes. Sie betonte, daß vor längerer Zeit einmal Einladungen an die Eltern zu einer Beratung über neue Pensionspreise gesandt worden seien, daß aber nur sehr wenige dieser Einladung gefolgt wären; daher seien späterhin keine Einladungen mehr ergangen. In warmen Worten betonte sie dann die Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens der Eltern mit den Pensionsmüttern und gab der Überzeugung Ausdruck, daß man auch jetzt zu einer Verständigung gelangen würde. — Eine Pensionsinhaberin gab eine zahlenmäßige Zusammenstellung der täglichen Ausgaben, um den neuen Pensionspreis zu rechtfertigen. Hierüber entspann sich eine längere Besprechung für und wider, die damit endete, daß die Eltern sich zu einer Beschlußfassung über den zu bewilligenden Pensionspreis zurückzogen. Nach der Beratung verkündete Herr Gohlke zunächst, daß soeben ein Verband der Eltern auswärtiger Schüler gegründet worden sei. Dieser schlage vor, den Pensionspreis auf drei Zentner Roggen festzusetzen, wobei natürlich die Ferien mitbezahlt werden. Der Roggen sei nach der ersten amtlichen Notierung desjenigen Monats zu berechnen, für den er als Pensionspreis gelte, und es müsse unbedingt pünktlich gezahlt werden. Licht und Heizung sollen besonders berechnet werden.

Fräulein Schnee erklärte daraufhin, daß die anwesenden Pensionsinhaberinnen nicht beschlußfähig wären. Es solle aber für den kommenden Mittwoch eine Versammlung der Pensionsinhaberinnen einberufen werden, in der über diesen Vorschlag beraten werden solle. Die Eltern werden von dem Beschluß dieser Versammlung sofort benachrichtigt werden. Damit wurde die Sitzung geschlossen.

Der deutsche Theaterverein

ließ sich am Mittwoch dieser Woche nach längerem Schweigen zum ersten Mal wieder in der Öffentlichkeit vernehmen. Die Veranstaltung war zugleich der Abschiedsabend für eines der tätigsten und beliebtesten aktiven Mitglieder des Vereins: für den jugendlichen (noch sehr jugendlichen) Bonvivant der Truppe, der in den letzten zwei Jahren in einer ganzen Reihe verantwortlicher Rollen nicht nur ein beachtenswertes Talent, sondern auch ein ernstes Streben und ein immer wachsendes Verständnis für die Wesensart der übernommenen Aufgaben bewies. An seinem Abschiedsabend war er zuerst der stumme Ehemann in dem Einakter „Die Gardinenpredigt“ (von? — Theaterzettel schweigt), dessen nicht ganz leichte Charakterisierung durch Mienenspiel und Bewegungen ihm ohne Übertreibung gelang, dann Abel, der philosophische Hausfreund von Beruf, in dem dreiaktigen Lustspiel „Am Teetisch“ von Karl Sloboda: Hier gilt es vor allem, eine mehr geistreich erfundene als lebenswahre Gestalt glaubhaft zu machen und die witzigen Pointen des Dialogs zur Wirkung zu bringen, — auch diesen Anforderungen wurde der Darsteller in sehr anerkennenswerter Weise gerecht. Zu dem Erfolg des Abends trugen sehr wesentlich die beiden bewährten Darstellerinnen bei, die als gardinenpredigende junge Ehefrau in dem Einakter und als Frau Lea in dem Dreiakter schnell in Fühlung mit dem Publikum zu kommen verstanden. Außer ihnen wirkten noch erfolgreich mit zwei neue Darsteller (Hugo und Kammerdiener in „Am Teetisch“), die elektrische Lichtleitung, die zuerst Dreiviertelstunden hindurch streikte und dadurch die Spannung des Publikums erheblich erhöhte, eine Ratte (oder war es eine Maus?), die einige Male im Saale erschien und beinahe noch schneller als die Darsteller auf der Bühne in Fühlung mit dem Publikum zu kommen verstand, und einige Damen in den ersten Reihen des Zuschauerraums, die beim Anblick des aus dem Zoologischen Garten entsprungenen Tieres sich schon anschickten, die Flucht auf die Stühle zu ergreifen. Der Abschiednehmende durfte von den Zuschauern und von den Mitspielern Blumen entgegennehmen. th.

Deutsche Vortragsveranstaltungen. Es wird nochmals auf den heute, Mittwoch, stattfindenden Vortrag von Herrn Dr. Swart über „Das polnische Genossenschaftsgesetz“ hingewiesen. Der Vortrag findet abends 8 Uhr im Saale des Vereins junger Kaufleute (Plac Wolności 11, II) statt.

Einen Liederabend gibt am Donnerstag, dem 8. März im Vereinshaussaal eine einheimische Sängerin, Frl. Wiesława Cichowicz, Tochter des bekannten Rechtsanwalts und Justizrats Cichowicz. Die Konzertgeberin, die früher in einer ganzen Reihe ausländischer Städte mit Erfolg als Sängerin aufgetreten ist, singt Werke von Beethoven, Schubert Brahms, Debussy, Emi Moor und einigen polnischen Komponisten (Opieński Karłowicz, Kamieński, Nowowiejski, Niewiadomski). Die Klavierbegleitung hat Herr Gustav Juza übernommen. — Vorverkauf der Eintrittskarten in der Musikalienhandlung von Górski in der ul. 27 Grudnia.

Beethoven-Abend. Das vierte Konzert des „Polnischen Quartetts“ findet am Donnerstag, dem 22. März, im Evangelischen Vereinshaussaale statt. Der Abend bringt drei Quartette von Beethoven. Eintrittskarten bei Bote u. Bock (W. Górski).

Der Verband der Rindviehkontrollvereine im Freistaat Danzig veranstaltet vom 4. bis 28. April d. Js. einen Ausbildungslehrgang für Milchvieh-Kontrollassistenten(innen). Landwirtssöhne und -töchter, sowie Angehörige verwandter Berufe im Alter von 18—30 Jahren können sich durch Teilnahme an diesem Lehrgange eine Existenz schaffen. Nach bestandener Prüfung ist Aussicht auf sofortige Anstellung vorhanden. Bei Bewährung steigen die Gehälter der Assistenten bzw. Assistentinnen gemäß den vom Verbande festgesetzten Richtlinien. Alles Nähere durch die Geschäftsstelle, Danzig, Sandgrube 21. (Siehe die heutige Anzeige.)

X **Eine neue Bank** wird in diesen Tagen in der ul. 27 Grudnia 19 (fr. Berlinerstraße) unter der Firma „Französisch-belgisch-polnische Bank für Industrie und Landwirtschaft“ (Bank Francusko-Belgijsko-Polski dla Przemysłu i Rolnictwa) eröffnet werden. Da in der genannten Straße bereits zahlreiche Banken vorhanden sind, sollte man annehmen, daß die Eröffnung der neuen Bank einem dringenden Bedürfnis entspricht.

Der Chauffeurtarif für März. Die Chauffeure mit amtlichem Zeugnis aus dem Jahre 1914 erhalten vom 1. März ab 491 000 Mark; allen anderen Chauffeure stehen 415 400 Mk. zu.

Straßenwettlauf des „Kurjer Poznański“. An dem diesjährigen dritten Straßenwettlauf des „Kurjer Poznański“, der alljährlich am ersten Osterfeiertage stattfindet, wird sich auch wiederum Kapitän Baran, der zurzeit in England weilt beteiligen. Falls er auch in diesem Jahre als erster durchs Ziel läuft, fällt ihm der Wanderpreis als ausschließliches Eigentum zu, da er bereits zweimal Sieger im Osterwettlauf gewesen ist.

X **Tödlicher Fliegerunfall in Ławica.** Am Dienstag, 2 Uhr nachm. ist auf dem Flugplatz von Ławica Flieger-Oberleutnant Bieda kurz nach dem Start mit seinem „Foker“ abgestürzt. Er brach sich das linke Bein und trug schwere Verletzungen am Auge und am Kopfe davon. Im hoffnungslosen Zustande wurde er ins Spital gebracht, wo er nach fünf Stunden seinen Verletzungen erlag.

X **Zusammenstoß.** Gestern abend kurz nach 8½ Uhr stieß in der ul. Jasna (fr. Buddestr.) ein Lastkraftwagen mit einem Arbeitswagen mit solcher Wucht zusammen, daß der letztere umstürzte. Hierbei zerbrach die Deichsel des Wagens, und der Kutscher wurde unerheblich verletzt.

X **Fuhrwerksdiebstähle.** In Ludom-Abbau, Kr. Obornik, wurde gestern einem Besitzer ein Wagen mit zwei Pferden im Werte von 10 Millionen Mark gestohlen. Das eine Pferd ist eine dunkelbraune, 16jährige Stute, 1,50 Meter groß, das andere ist ein dunkelbrauner 6jähriger Wallach. Die Geschirre waren schwarz. Der Wagen ist alt und gelb. — Gleichfalls ein Gespann gestohlen wurde einem Händler in Murka, Kr. Schrimm. Das eine Pferd ist ein 4jähriger, 1,60 Meter großer, gut genährter Wallach, das andere eine 1,58 Meter große Fuchsstute mit weißem linken Vorderbein, rechtem geschwollenen Hinterfuß, ging lahm. Der Wagen ist ein dunkelgelber Händlerwagen mit Netz. Der Wert dieses Gespanns wird auf 6 Millionen angegeben.

* **Birnbaum,** 4. März. Die Gattin unseres verstorbenen Ehrenbürgers Oskar Tietz in Berlin hat aus Anlaß des Ablebens des Genannten unserer Stadt 250000 Mark gespendet. Dieser ist bestimmt zur Unterhaltung der von dem Verewigten in seiner Vaterstadt gegründeten Wohltätigkeitsanstalten.

* **Kulm** 6. März. Die seit über 30 Jahren hier bestehende Obst- und Beerenweinkelterei, verbunden mit Gurkeneinlegerei und Sauerkohlfabrik von Th. Jasmer u. Co. in der Bahnhofstraße ist von dem derzeitigen Besitzer Kaufmann Gustav Reiß, an einen Kaufmann aus Kongreßpolen verkauft worden.

* **Nakel,** 3. März. Von einem schwunghaften Handel mit Liegenschaften berichtet das „Sł. Pom.“: Ein Hausbesitzer in Nakel kaufte vor einigen Jahren ein Haus mit einer Gastwirtschaft. Im Jahre 1922 verkaufte er es für 4½ Millionen weiter. Nach wenigen Monaten schon erwarb es ein dritter und zahlte 10 Millionen, bald darauf ein vierter für 16 Millionen. Unlängst hat das Haus seinen fünften Besitzer erhalten, der es für 40 Millionen ankaufte.

* **Rawitsch,** 5. März. Die dafür eingesetzte Kommission des Elektrizitäts- und Wasserwerks hat neue Preiserhöhungen für März vorgenommen. Sie betragen jetzt für ein Kubikmeter Gas für Beleuchtung 1800 M., für Kraft 1600 M., für ein Hektoliter Koks 20 000 M., für einen Ztr. Teer 75 000 M., für ein Kilowatt Strom für Beleuchtung 2500 M., für Kraft 2300 M., für ein Kubikmeter Wasser 600 M. Begründet wird diese für die Verbraucher sehr fatale Maßnahme damit, daß die Kohle von 175 000 M. im Januar auf 358 000 M. die Tonne im Februar und das Betriebsöl von 450 auf 1500 M. für 1 Kg. gestiegen ist und die Löhne sowie Abfuhrkosten große Mehrkosten verursachen. Rawitsch dürfte mit diesen Preisen wieder einmal den Rekord geschlagen haben.

* **Schulitz,** 6 März. In Weichselthal befanden sich die Waldarbeiter Franz Markitan und Boleslaus Helenigk in trunkenem Zustande in dem Hause eines Dorfbewohners, als ein Streit zwischen ihnen entstand. Es kam zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf Heleniak seinem Gegner M. mit einem Pfahl derartig über den Kopf schlug, daß M. zusammenbrach und nach wenigen Stunden verschied. Der Täter wurde festgenommen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Krakau,** 4. März. Der Bankdirektor Wendzol hat Betrügereien zum Schaden der Handels- und Industrie-Aktienbank verübt und befindet sich deswegen in Untersuchungshaft. Aus dieser wollte er befreit werden, was aber nicht geschah, weil es ihm nicht möglich war, die verlangte Kaution von — 1 Milliarde Mark zu zahlen.

* **Lodz** 3. März. Die „Lodz. Fr. Pr.“ berichtet: „In dem Hause Kilinskiego 146 in Lodz wohnte das junge Ehepaar Franziszek und Janina Pindras. Er war Bankbeamter und verbrachte den größten Teil des Tages außerhalb des Hauses. Das Ehepaar lebte im allgemeinen glücklich, bis Pindras vor einigen Tagen einen anonymen Brief erhielt, in dem seine Frau des Ehebruchs beschuldigt wurde. Dadurch brach ein Hauskrieg aus. Umsonst versuchte die junge Frau ihre Unschuld zu beteuern. Am Montag um 8½ Uhr früh kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung, in deren Folge Pindras seiner Frau mit dem Küchenmesser acht Wunden beibrachte und dann vor Verzweiflung sich selbst viermal das Messer in die Magengegend stieß. Der Zustand der unglücklichen Eheleute ist hoffnungslos. Das Auffinden des anonymen Briefschreibers ist nahezu aussichtslos, da Pindras den Brief selbst verbrannt hatte.“

Aus dem Gerichtssaal.

* **Warschau,** 5. März. Ein Spionageprozeß wurde dieser Tage vor dem Warschauer Bezirksgericht verhandelt. Angeklagt war ein gewisser Jerzy Morszlynkiewicz, Rußland militärische Geheimnisse übermittelt zu haben. Der Angeklagte gab zunächst folgende Erklärung ab: „Ich heiße Jerzy Morszlynkiewicz, bin 25 Jahre alt, Hörer der Privatuniversität, war Korporal im Sibirischen Regiment des polnischen Heeres und bin stolz, daß meine Familie einem patriotischen Geschlecht entspringt. Was mein Religionsbekenntnis anbelangt, so enthalte ich mich jeder Äußerung, trotzdem ich bei der Untersuchung angegeben habe, daß ich religionslos sei.“ Auf die Frage des Vorsitzenden antwortete er in bestimmtem Tone, daß er keinen Anwalt habe und sich selbst verteidigen werde. Er bekannte sich der Spionage für schuldig. Daß er sie aber aus Not betrieben habe, leugnete er, da er genügend Mittel besitze. Im Verlauf der Verhandlung stellte es sich heraus, daß der Angeklagte auch wegen kommunistischer Agitation steckbrieflich verfolgt worden war. Die darauf folgenden Zeugenaussagen bestätigten die Schuld des Angeklagten. Das Gericht fällte nach einer längeren Besprechung das Urteil auf 4 Jahre Gefängnis.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

G. in P. Wir werden die von Ihnen gegebene Anregung an die zuständige Stelle zur Erledigung weiterleiten.

H. M. in W. 1. Diskonto-Gesellschaft ul. Nowa 10 (fr. Neuestr.), 2. Danziger Privat-Aktienbank ul. Pocztowa 10 (fr. Friedrichstr.), 3. Bank für Handel und Gewerbe ul. Marsztalerska 8 (fr. Marstallstr.) und ul. Wjazdowa 8 (fr. Am Berliner Tor), 4. Posensche Landesgenossenschaftskasse ul. Wjazdowa 3 (fr. Am Berliner Tor) und 5. Provinzial-Genossenschaftskasse ul. Zwierzyniecka 13 (fr. Tiergartenstraße), sämtlich in Posen.

Gr. in N. B. Da Sie die Uhr in Güte nicht zurückerhalten konnten, wird Ihnen nichts anderes übrig bleiben, als gegen den jungen Mann bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Unterschlagung zu erstatten. Wir würden Ihnen jedoch empfehlen, ihm zuvor noch einmal eine Frist zur Zurückgabe der Uhr zu stellen und zugleich von Ihrem Vorhaben Mitteilung zu machen.

B. 100. Die Ausführung Ihrer Absicht ist gegenwärtig völlig ausgeschlossen.

G 100. Da Sie zu den militärischen Musterungen herangezogen und zu den Wahlen zugelassen wurden, kann darüber kein Zweifel bestehen, daß Sie als polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität zu gelten haben.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Zur Lage in der Lodzer Textilindustrie.** Wie schon mitgeteilt, haben die Industriellen infolge Mangel an Bargeld den mit den Arbeiterverbänden am 19. November v. Js. geschlossenen Vertrag gekündigt, gegen welchen Beschluß sich die Arbeiterdelegierten widersetzten. Die Industriellen werden die laut erwähntem, bis 18. März gültigem Vertrag zukommende Lohnerhöhung für den laufenden Monat noch auszahlen und sich bemühen, das nötige Geld zur Löhnung aufzubringen. Gelingt dies aber nicht so muß eine Aussperrung der Arbeiter eintreten, denn schon im vorigen Monat waren verschiedene industrielle Unternehmungen gezwungen, einen Teil der Löhnung durch Wechsel zu decken. Was den von der Regierung erhaltenen Kredit anbetrifft, so beträgt dieser nur 600 Millionen Mark, während die Industriellen um einen Milliardenkredit nachsuchten. Die Juteindustrie ist ganz vom Export abhängig und hat mit der ausländischen Konkurrenz zu kämpfen. Deshalb kann die Juteindustrie mit der Textilindustrie nicht in Einklang gebracht werden, auch nicht bezüglich der Löhne.

= **Die polnische Eierausfuhr beginnt erst nach Ostern.** Der außerordentliche Kommissar für Bekämpfung der Teuerung erklärte einem Vertreter der „Pat", daß entgegen anderen Gerüchten die Frage der Wiederaufnahme der Eierausfuhr Gegenstand der Verhandlungen im Hauptamt für Ein- und Ausfuhr ist. Zur Bekämpfung der künstlichen Preissteigerung wird offiziell zur Kenntnis gebracht, daß im Verlauf der nächsten sechs Wochen keine Ausfuhrgenehmigungen erteilt werden. Erst nach Ostern erfolgt die Festsetzung des Beginns der Eierausfuhr und die der Kontingente. Letztere wird in enger Verbindung mit der Inlandsversorgung geregelt. Die Exporteure werden mit einer Ausfuhrabgabe belegt werden, die 60 Prozent des Unterschiedes zwischen Inlands- und Auslandspreis betragen wird. Die erworbenen Devisen sind der Landesdarlehnskasse zur Verfügung zu stellen.

= **Die Holzbörse auf der Ersten Osteuropäischen Holzmesse.** Der Deutsche Holzmaklerverband in Berlin hat die Durchführung aller Maklergeschäfte übernommen, die auf der Holzbörse getätigt werden, welche auf der Ersten Osteuropäischen Holzmesse in Königsberg vom 18. bis 22. März veranstaltet wird. Zur öffentlichen Betätigung auf der Holzbörse können also von deutscher Seite nur solche Makler zugelassen werden, welche Mitglieder dieses Verbandes sind. Es besteht aber keinerlei Zwang, auf der Ersten Osteuropäischen Holzmesse Geschäfte nur durch Makler vornehmen zu lassen.

= **Die Beteiligung Rußlands an der Ersten Osteuropäischen Holzmesse in Königsberg Pr.** Am 12. Februar fand in Moskau unter dem Vorsitz des Chefs der Zentralverwaltung der russischen Holzindustrie, Herrn K. Danischewski, die erste Sitzung des neubegründeten Holzexport-Bureaus statt, das alle Holzoperationen der russischen Holztrusts im Auslande leiten soll. Der Sitzung wohnten Legationsrat Graap von der deutschen Botschaft in Moskau und der in Moskau eingetroffene Vertreter des Meßamts Königsberg i. Pr., Dr. Markow, bei. Nach Erstattung der Berichte übr die bereits in Rußland und Königsberg für die Osteuropäische Holzmesse geleistete Arbeit, wurde beschlossen, daß die Holztrusts Sapadoleß, Dwinoleß, Petroleß, Werchnewolgoleß, Srednewolgoleß, Kawkasleß und der Fourniertrust unter Führung der Zentralverwaltung der russischen Holzindustrie an der Holzmesse teilnehmen. Die einzelnen Holztrusts und die Zentralverwaltung werden zur Holzmesse Vertreter entsenden, die nicht nur Aufklärung über die russische Holzindustrie geben können, sondern auch zum Einkauf aller für die Holzindustrie notwendigen Maschinen, Geräte und Werkzeuge bevollmächtigt sein sollen. Die Königsberger Holzmesse soll am 18. März eröffnet werden und dauert bis zum 22. März d. Js.

= **Die Bedeutung des Hafens Galatz für Polen.** Das polnische Konsulat in dem rumänischen Donauhafen Galatz teilt mit: Dem Konsulat fehlen überhaupt nähere Informationen über die polnische Industrie; denn die vorhandenen Adreßbücher sind ungenau, und dann sind die über die betreffenden Unternehmungen angegebenen Einzelheiten so mager, daß sie durchaus nicht genügen, um den sich meldenden Ortskaufleuten, die Handelsbeziehungen mit Polen anzuknüpfen wünschen, erschöpfende Fingerzeige zu geben. Es wäre erwünscht, wenn dem Konsulat Informationen über die polnische Ausfuhrindustrie erteilt und Preisanschläge, Kataloge usw. zugeschickt würden. Das Konsulat weist darauf hin, daß Galatz auch für Polen ein sehr wichtiges Ausfuhr- und Transitzentrum ist. Trotz sehr erschwerter Konkurrenz mit Rücksicht auf den hohen Kurs der tschechischen Krone wird in Galatz eine lebhafte Propaganda polnischer Firmen getrieben.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 7. März 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Roggen	121 000–128 000	Peluschken	130 000–150 000
Braugerste	95 000–100 000	Serradella	230 000–270 000
Hafer	112 000–117 000	Buchweizen	105 000–115 000
Roggenmehl (inkl. Säcke)	205 000–215 000	Blaue Lupinen	70 000–110 000
		Gelbe Lupinen	70 000–110 000
Weizenkleie	64 000	Gelber Klee	1 000 000–1 700 000
Roggenkleie	62 000	Roter Klee	1 100 000–3 200 000
Wicken	120 000–140 000	Weißer Klee	2 000 000–3 700 000
Felderbsen	110 000–130 000	Schwed. Klee	1 200 000–2 500 000
Viktoriaerbsen	160 000–180 000	Senf	400 000–460 000

Größeres Brotgetreideangebot. Schwache Nachfrage nach Mehl. Tendenz: fest.

Posener Viehmarkt vom 7. März 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: Färsen und Kühe: I. Sorte 460 000–470 000 M. II. Sorte 400 000–420 000 M., III. Sorte 300 000–320 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 450 000–470 000 M., II. Sorte 400 000 bis 420 000 M.

II. Schafe: I. Sorte 440 000–460 000 M., II. Sorte 380 000 bis 400 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 1 040 000–1 050 000 M., II. Sorte 980 000–1 000 000 M., III. Sorte 900 000 M.

Der Auftrieb betrug: 329 Rinder, 370 Kälber, 115 Schafe, 693 Schweine. — Tendenz: ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 5. März.

Amtliche Produktenbörse, per 50 kg in Mark.

Weizen		**Roggenmehl**	
märkischer	44000–45000	für 100 kg	120000–120900
pommerscher	44000	Weizenkleie	23000–24000
schlesischer	—	Roggenkleie	24000–26000
Roggen		Raps	90000–95000
märkischer	40500–41000	Leinsaat	90000–95000
pommerscher	—	**Hülsenfrüchte**	
westpreußischer	—	Viktoriaerbsen	70000–80000
Gerste		kl. Speiseerbsen	55000–65000
Wintergerste	—	Futtererbsen	40000–50000
märkische	34000–35000	Peluschken	75000–90000
Sommergerste	—	Ackerbohnen	40000–45000
Hafer		Wicken	70000–90000
märkischer	33000–34000	Blaue Lupinen	60000–70000
pommerscher	—	Gelbe „	80000–100000
schlesischer	—	Serradella	90000–120000
Mais		Rapskuchen	29000–30000
loko Berlin	45000	Leinkuchen	60000
frei Hamburg	42000–42500	Trockenschnitzel	15000
Weizenmehl		Zuckerschnitzel	25000–27000
		Torfmelasse	10000
für 100 kg	125 000–140 000	Kartoffelflocken	21000–22000

= **Hamburger Cifnotierungen für Importgetreide.** Weizen La Plata faq. Rosa Fé 12,80 Fl., man. I 13 20 Fl., Mais, am. mix. 9,65 Fl., gelb La Plata faq. 9,75 Fl. lose gesackt, Gerste, Donau 62/63 Kg. 8,55 Fl., Roggen, Western II 10 Fl., La Plata-Leinsaat 22 Fl., Weizenkleie 7,30 Fl., Pollard 7 Fl. Kurs 8885–9025.

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

	5. März	3. März
Bankaktien:		
Bank Centralny I.–III. Em.	1900 +	—,—
Bank Dysk., Bydgoszcz-Gdańsk Em.	650 + N	660 +
Kwilecki, Potocki i Ska. I.–VII. Em.	2600 + N	2600 + N
Bank Przemysłowców I. Em.	975–980 + N	1000–980 + A
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.–X. Em.	1800 + N	1800 + N
Polski Bank Handl., Poznań I.–VIII. (exkl. Zukaufsr.)	1100 + A	1150 + A
Pozn. Bank Ziemian I.–IV. Em.	—,—	610–600 + A
Industrieaktien:		
Arcona I.–III. Em.	2300 + N	2250 + N
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	—,—	700 +
R. Barcikowski I.–IV. Em.	1250–1200 + A	1100 + A
Browar Krotoszyński I.–III. Em.	1700-16000 + A	18000-17000 + A
Brzeski Auto I.–II. Em.	1700–1725 + N	1800 + A
H. Cegielski I.–VIII. Em.	10500-10050 + A	10250-10100 + N
Centrala Rolników I.–V. Em.	600–675 + N	700 + A
Centrala Skór I.–IV. Em.	2400 + N	2400–2450 + N
Dębienko I.–II. Em.	—,—	2400 + N
C. Hartwig I.–V. Em. (exkl. Kup.)	1450 + A	1350 + A
Hartwig Kantorowicz I. Em.	7500–7700 + N	7800–7600 + N
Homosan I.–III. Em.	1600 +	—,—
Hurtowina Drogeryjna	300 + N	300 + N
Hurtownia Związkowa I.–III. Em.	400 + A	400 +
Hurtownia Skór I.–II. Em.	1100 + N	1150–1175 + A
Herzfeld-Viktorius I.–II. Em.	3900–3800 + A	3800–3900 + A
Hurt. Spółek Spożywców I.–II. Em.	1000–950 + N	975–1050 + N
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.–II. (exkl. Bezugsr.)	—,—	55000 + N
Dr. Roman May I.–IV. Em.	23000-22000 + N	22500-22000 + A
Młyny i Tartaki Wągrow. I.–II. Em.	—,—	3800 + N
Młyn Ziemiański I. Em.	2100 + N	2100–2150 + A
Orient I.–II. Em.	—,—	550 + A
Płótno I.–II. Em.	1150 + A	1200–1100 + A
Papiernia, Bydgoszcz (exkl. Kup.)	2200 + A	2200–2100 + N
Patria I.–VII. Em.	1300–1200 + A	1200 + A
Pozn. Spółka Drzewna I.–VI. Em.	5500–6200 + N	7000–7900 + N
Spółka Stolarska I.–II. Em.	4000 + N	4000–4100 + A
Sarmatia I.–II. Em.	2600–2700 + N	2800–2900 + N
Starogardzka Fabr. Mebli I. Em.	1800 + A	1700 + N
Tkanina I.–III. Em.	1400 + N	1500 +
Tri	950–1000 + N	1000 +
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	4300–4250 + A	4200–4100 + N
Waggon Ostrowo I.–IV. Em.	2400–2300 + A	2200 + N
Wisła, Bydgoszcz I.–II. Em.	—,—	15 500 + N
Wytwornia Chemiczna I.–III. Em.	1150–1200 + N	1250–1400 + A
Zjedn. Browar. Grodziskie I.–II. Em. (exkl. Bezugsr.)	6000–5200 + A	5200–5000 + N

Valuten und Devisen:

Auszahlung Berlin 2⁰². Umsatz: 10 500 000 dtsch. Mk. Dollar der Vereinigt. Staaten 44 700, Schweizer Franken 8350.

A = Angebot, N = Nachfrage, + = Umsatz.

Offizielle Warschauer Börse vom 6. März.

Devisen:

Belgien	2200, 2350, 2300,	Paris	2615, 2700, 2650,
Berlin	1.90, 1.77½,	Prag	1295, 1330, 1290,
Danzig	1.89, 1.77½,	Schweiz	8265, 7975, 8250,
London	194 000, 208 000, 204 500,	Wien	64, 63,
Neuyork	41 500, 43 750, 42 500,	Italien	2100, 2165.

Danziger Mittagskurse vom 7. März.

Die polnische Mark in Danzig 48¾ (Geld), 49½ (Brief).

Der Dollar in Danzig 21 000 (Geld), 21 875 (Brief).

Frauenzeitung des Posener Tageblatts.

Schüler, die sich selbst ihre Hefte herstellen.

Ein Besuch im Werklehrgang.

Aus einem Zimmer des großen Schulgebäudes dringt jetzt, da der Unterricht längst beendet, alle offiziellen Türen verschlossen sind, ein lebhaftes Gewirr kindlicher Stimmen, das uns den Weg weist. Nun stehen wir in dem kleinen Saal und sehen etwa 30 Jungen eifrig mit Buchbinderarbeit beschäftigt, angeleitet und unterwiesen von einigen Erwachsenen. Da werden blaue Aktendeckel in die vorschriftsmäßige Größe eines Schulheftes gefalzt, weißes Papier in genauer Bogenzahl gelegt, dort mit Nadel und Zwirn die Hefte genäht. Hier wird Abfallpapier — alte einseitig beschriebene Aktenbogen, zweite Seiten geschäftlichen Briefwechsels, veraltete Steuerformulare u. dgl. — gesichtet, gerichtet, geschnitten und zu Notizblocks verarbeitet. Drüben sehen wir gar, wie geschickte Knabenhände alten, zerrissenen Lese- und Unterhaltungsbüchern fein säuberlich jede beschädigte Seite ausbessern, die Bogen neu zusammenheften und endlich das Buch wieder binden.

Es ist ein Werklehrgang zur Selbstherstellung von Schulmaterial — in diesem Fall Hefte und Bücher —, den die „Deutsche Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung", Ortsgruppe Potsdam, eingerichtet hat und nun schon im zweiten Kurs fortführt, da der Erfolg des ersten Lehrgangs bei Eltern und Kindern so groß war, daß eine Weiterführung angebracht schien. Der „Bund der Kinderreichen" hat sich hinzugefunden und beide Verbände wollen den Gedanken der Selbsthilfe, wie er hier verwirklicht wird, weitertragen. Wenn man bedenkt, daß heute das minderwertigste Schulheft 300 Mark kostet — und in allernächster Zeit schon wird der Preis steigen —, so ermißt man erst so richtig den Wert solch praktischer Maßnahmen, und kann nur wünschen, daß überall solche Werklehrgänge entstehen, um den Eltern die schweren Sorgen etwas zu erleichtern, unter denen sie die heranwachsende Jugend großzieht.

Hier in Potsdam ist man so zu Werke gegangen, daß man die verschiedensten Behörden, Gerichte, Eisenbahn, Post, daß man Betriebe und Privatleute um Überlassung von Material, Aktendeckel und Papier ersuchte — mit schönem Erfolge übrigens. Und wenn man an die verfügungs- und schreibfrohe Zeit von früher denkt, mit ihrer Materialverschwendung obendrein, so begreift man, daß trotz der vielen Altmaterialsammlungen während des Krieges noch manches zu finden ist in alten Archiven, in Kammern und Böden. Daneben wurde auch Papier usw. gekauft. Das Handwerkszeug: Falzmesser und -Beine, Papierpresse und Papierschneidemaschine, Nadeln und Garn war das Geschenk eines Freundes der Jugend, der ihr helfen wollte. Das Zimmer gab der Magistrat, Tische und Stühle überließ leihweise eine Brauerei. So konnte man beginnen, und schon beim ersten Lehrgang zeigte sich eine lebhafte Teilnahme der Eltern und Kinder, die mit großem Geschick und viel Eifer das Buchbinderhandwerk erlernten und betrieben. Allwöchentlich kommen die Teilnehmer nachmittags zwei Stunden zusammen und falzen, heften und pappen, daß es eine wahre Lust ist. Die Teilnahme an den Werklehrgängen ist schon so groß, daß jeden Tag einer stattfindet und die einzelnen Kurse immer voll besetzt sind.

Bei der Verteilung der fertiggestellten Hefte und Bücher werden natürlich zuerst die einzelnen Kursteilnehmer berücksichtigt und ihnen zu den genauest und billigst berechneten Selbstkosten so viel Hefte überlassen, als sie wollen. Was dann noch vorhanden ist, wird zum gleichen Preise anderen Schülern abgegeben.

Erwachsen so den Eltern aus solcher Selbsthilfe wirtschaftliche Vorteile, so darf man ebenso hoch die ideellen einschätzen, die den Kindern zuteil werden. Das unter anfänglichen Mühen und Selbstüberwindung, unter Verzicht auf Freiheit und ungebundenes Spiel selbst hergestellte Heft wird mit ganz anderer Sorgfalt behandelt, als das fertig gekaufte, das dem Kind nichts anderes ist, als eine tote Sache. Das Wissen um die Entstehung eines Gebrauchsdings, das handwerklich-schöpferische Moment, das in der Selbstanfertigung liegt, gibt ein persönliches, verantwortungsvolles Verhältnis zu ihm. Man muß nur sehen, mit welcher Genauigkeit der eine dieser kleinen Handwerker die zerrissenen Seiten eines Buches ausbessert, der andere sie mit Streifen zusammenklebt, der dritte darauf achtet, daß das Heft ganz genau im Buch liegt, der Knoten nicht zu locker und nicht zu fest angezogen ist, um zu wissen, daß in diesen Kindern eine Achtung von handwerklicher Leistung groß wird, die ihrem ganzen Leben zugute kommt.

Das in Potsdam und in einigen anderen Städten gegebene Beispiel ist wert, auch an anderen Orten nachgeahmt zu werden. Viel Kleine machen ein Großes. Versuche wie der in Potsdam gemachte mildern die Not der Schule, die Not der Jugend und — die Not der Eltern.

Aus der Geschichte des Handschuhs.

Haben die Handschuhe wirklich eine Geschichte? Man hat keine ganz zuverlässige Kenntnis darüber, wo und wie, aber sicher ist es, daß es lange her ist, seit man das erste Paar Handschuhe anzog. Auf den Gedenksteinen der Pharaonen sind Handschuhe unter den Gaben dargestellt, die besiegte Völker vor den Thron des Siegers trugen. Und — eigentümlich genug — die altägyptischen Handschuhe haben große Ähnlichkeit mit den modernen Mousquetaire-Handschuhen gehabt.

Eine praktischere Anwendung hatte man für die Handschuhe zur Zeit, als man den Gebrauch von Messern und Gabeln noch nicht kannte: man zog Handschuhe an, wenn man warme Speisen aß; sie schützten so schön vor dem Verbrennen der Finger! Um das Jahr 1000 begann man in Deutschland Seidenhandschuhe an Stelle der plumpen Lederhandschuhe zu verwenden, die bis dahin allein im Gebrauch gewesen waren, und gleichzeitig kam die symbolische Verwendung des Handschuhs auf. Er wurde als Zeichen der Unterwerfung eines aufrührerischen Vasalls unter seinen Landesherrn angewandt, als Herausforderung des Ritters gegen seinen Nebenbuhler oder einen anderen, der sein Recht verletzt hatte. Die adligen Damen versahen ihre Handschuhe mit Stickereien und Juwelen oder streuten wohlriechende Pulver darauf — zur Freude für den, der die Hand küßte. Daß man das Pulver auch in minder liebenswürdiger Absicht streuen konnte, zeigt das Beispiel der Katharina von Medici, die auf diese Art die Mutter Heinrich IV., Johanna von Navarra, vergiftete.

Die Zahl der Handschuhanekdoten ist Legion. Der Graf von Essex trug auf seinem Barett den Handschuh, mit dem ihm Königin Elisabeth die historische Ohrfeige gegeben hatte, als sie entdeckte, daß ihr Günstling sie betrog. Dieselbe Königin versuchte einst, Shakespeare dadurch in Verwirrung zu bringen, daß sie ihm ihren Handschuh vor die Füße warf, als er gerade einen König spielte. Shakespeare stutzte einen Augenblick, dann nahm er den Handschuh auf und überreichte ihn würdevoll der Königin, indem er sagte:

„Obgleich wir eine so hohe Würde bekleiden, beugen wir uns doch, um den Handschuh aufzuheben."

Königin Christine war ein so schwärmerische Bewunderin von Corneille, daß sie einen ihrer Handschuhe, den der berühmte Dramatiker geküßt hatte, unter Glas und Rahmen setzen ließ und darunter schrieb: „Diesen Handschuh hat der große Dichter des Cid geküßt."

Japanische Gesundheitsregeln.

Die japanische Regierung hat zehn hygienische Gebote aufgestellt, deren Inhalt sich auch der Europäer zu eigen machen sollte. Diese zehn Gebote lauten:

„Suche frühzeitig abends Dein Lager auf und erhebe Dich morgens rechtzeitig.

*

So viel Zeit, wie Du nur nach Deinen verbrachten Geschäften erübrigen kannst, verbringe in der herrlichen freien Natur. Bedenke, daß die Sonne ein starker und mächtiger Heilfaktor ist.

Mache Dir in frischer Luft ausreichende Bewegung und atme dabei tief und regelmäßig.

*

Schlafe im dunklen und ruhig gelegenen Zimmer. Sechs, höchstens sieben Stunden währe Dein Schlaf.

*

Ein Tag in der Woche sei völliger Ruhetag. An diesem Tage sollst Du auch nicht schreiben noch lesen.

*

Liebt Euch! Auch Verwitwete beiderlei Geschlechts sollten alsbald wieder in den Ehestand treten.

*

Nehmt wenig Tee oder Kaffee zu Euch; vermeidet auch den Genuß von Tabak, Opiaten und alkoholischen Getränken.

*

Bezüglich des Essens raten wir Euch, nur einmal tagsüber Fleisch zu Euch zu nehmen. Milch und Milchprodukte, Obst, Gemüse, Eier und Getreideerzeugnisse sind Eurer Gesundheit förderlicher und zuträglicher.

*

Badet täglich. Ein- oder zweimal wöchentlich ist das Nehmen eines Dampfbades anzuraten. Doch lasset zuvor Euer Herz prüfen, ob es auch kräftig genug ist, diese Bäder zu ertragen.

*

In Deiner Kleidung bevorzuge grobgewebte Stoffe, die sich zur Anfertigung von Unterzeugen eignen. Achte auf eine leichte Kopfbedeckung und besonders auf bequem sitzende Schuhe von Jugend auf.

*

Hüte Dich vor starken geistigen Erregungen. Lege Deiner Leidenschaft Zügel an. Sorge Dich nicht unnötig um die Zukunft, die noch düster vor Dir liegt. Erzähle Deinen Mitmenschen keine unangenehmen Geschichten; auch höre Dir solche nicht an."

Umschau.

Frauen-Weltpropaganda. Frau Erna Haas in Vierheim in Hessen, Weinheimerstraße 1, regt an, in einer großen Propaganda die deutschen Frauen zusammenzufassen, um ihre Stimme in dem großen Kampfe um das Weltgewissen einzusetzen. Es wird vorgeschlagen, die deutsche Frau im Ausland für diese Idee zu gewinnen, mit aller Kraft für die Wahrheit sich einzusetzen und der Propaganda der Feinde Deutschlands eine Weltpropaganda der Frauen entgegenzusetzen, die noch mehr Gefühl für Wahrheit und andere Teilnahme für die Not von Kindern und Mitschwestern haben als die durch Politik voreingenommenen Männer. Es wird daran gedacht, diese Arbeit der Frau großzügig zusammenzufassen, Rednerinnen zu entsenden, die Frauen aus aller Welt zu gewinnen, die in diese Bewegung für die Wahrheit, für die Rettung der deutschen Kinder, der deutschen Kultur und der deutschen Frauen eintreten. Frau Haas erbittet Zuschriften gleichgesinnter Frauen.

Die Amerikanerin im Berufsleben. Nach Ausweis der amtlichen Statistik der in den Vereinigten Staaten von Frauen ausgeübten Berufe sind von 678 Handwerken und Berufen nur 33 bisher noch nicht von den Frauen mit Beschlag belegt. Man findet Frauen, die als Schmiede und Zimmerleute, als Schlosser, Matrosen, Mechaniker und Hafenarbeiter ihr Brot verdienen. Die Gesamtzahl der mit den Männern im Berufsleben konkurrierenden Frauen beträgt 8 Millionen. Auch in allen freien Berufen ist die Frau vertreten, so gibt es in Amerika beispielsweise 1738 Advokatinnen, 1787 protestantische Predigerinnen, 7219 Ärztinnen und 41 Technikerinnen.

Ein Dienstmädchenverleihinstitut ist die neueste Erscheinung in Neuyork. Drüben ist es noch schwerer als bei uns, ein Hausmädchen zu bekommen, nun gar noch ein wirklich gutes. Und hat man eins, so erfordert die amerikanische Freiheit und Gleichheit, daß man es so ziemlich als „Dame" behandelt und Ansprüche erfüllen muß, die so ein Mädchen zur Last im Hause werden lassen. Ganz abgesehen vom Preise. Jetzt hat nun eine Dame ein Dienstmädchenverleihinstitut gegründet, das großartigen Anklang findet. Man abonniert ein Mädchen für täglich oder auch nur wöchentlich beliebigen Stunden nach Vereinbarung, ebenso für besondere Arbeiten, ganz so, wie man etwa einen Handwerker bestellt und ins Haus kommen läßt. Die Bezahlung leistet man an das Institut, geschieht stundenweise und richtet sich nach der Tageszeit, dem Wochentage, der Arbeit usw. Der Preis ist naturgemäß nicht billig, aber viel billiger als ein ständiges Mädchen. Man spart beträchtlich an Beköstigung, spart ein Zimmer und wird in seiner Häuslichkeit nicht länger gestört als nötig. Wesentlich ist, daß das Institut nur ganz gediegenes Personal stellt, das sich fast von selbst dem Institut anbietet. Die Mädchen behalten hier eben ihre volle Freiheit, worauf es ihnen, auch den besten, am meisten ankommt.

Portugiesische Auszeichnung einer deutschen Frau. Der höchste Orden für Kunst und Wissenschaft in Portugal, der S.-Thiago-Orden, ist von der portugiesischen Regierung Fräulein Luise Ey verliehen worden. Sie ist Lektor an der Universität Hamburg für portugiesische Sprache und Kultur, Verfasserin der bei Langenscheidt erschienenen portugiesischen Lehrbriefe und Übersetzerin der besten modernen portugiesischen Dichtungen. Ihre Verdienste um die Einführung der portugiesischen Literatur in Deutschland haben schon wiederholt Anerkennung in den Gelehrtenkreisen Portugals gefunden. Jetzt teilt sie die Auszeichnung, Inhaberin eines der vornehmsten portugiesischen Orden zu sein, mit nur drei anderen Frauen, nämlich mit Frau Caroline Vasconcellos, Ehrendoktor an der Universität Freiburg und ordentlicher Professor an der Universität Coimbra — einer Schwester des verstorbenen Berliner Stadtschulrats Dr. Karl Michaelis —, Frau Maria Amalia Voz de Carvalho und Lucinda Simoes.

Bankdirektorinnen in Amerika. Neuerdings erobert sich die Amerikanerin auch das Arbeitsfeld des Bankwesens, nicht nur als Filialleiterin, sondern als Direktorin einer Bank. Vorbedingung dabei ist, außer der geschäftlichen Tätigkeit, daß die Dame Beziehungen zu reichen Gesellschaftskreisen hat und dadurch imer wieder neue Kunden heranzieht. Die „Chefin" einer Chikagoer Bank, die glänzende Geschäfte macht, hat alle Posten des Unternehmens ausnahmslos mit Frauen besetzt.

Deutsche Vorträge vor chinesischen Studentinnen. Die Gattin des Leipziger Universitätsprofessors Driesch, der auf Einladung der chinesischen Regierung an verschiedenen chinesischen Universitäten volkswirtschaftliche Vorlesungen hält, hat vor den Studentinnen der Universität Nanking über die deutsche Frauenbewegung einen Vortrag gehalten.

Praktisches.

Luftdichtes Abschließen der Fenster. Die fertig käuflichen Dichtungsstränge für schlechtschließende Fenster sind für manche Hausfrau eine recht unerfreuliche Ausgabe, namentlich dann, wenn eine große Anzahl Fenster des Abdichtens bedürfen. Ein trefflicher Ersatz dafür sind schmale Streifen von weißer, guter Watte, die man fingerbreit schneidet und mit Dextrin in die Fensterfalze klebt. Es ist dabei nicht nötig, die ganzen Flächen mit Klebstoff zu versehen, sondern es genügt vollständig, etwa spannlang hier und dort denselben aufzustreichen, dann drückt man die Wattestreifen, leicht gedreht, dagegen, schließt das Fenster etwa 10 Minuten und schneidet nach dem Öffnen desselben alle überstehende Wattefaser ab. Sind die Mauern stark, so daß sich ein Fenstermantel erübrigt und ist der Rahmen luftdurchlässig, so empfiehlt es sich, lange schmale Kissen in der Breite des Fensterbrettes und Fensters mit zerschnittenem Zeitungspapier, fingerbreit geschnitten und wie Holzwolle aufgeschüttet, zu füllen und über diese einen passenden Überzug mit etwa 30 Zentimeter langen Überhandstreifen in die Fenster zu legen. Wenn sie dicht abschließen, halten sie auch den geringsten Luftzug ab.

Vom Schneewasser durchtränkte Kleidungsstücke zu behandeln. Da bekanntlich Schnee auf farbige Stoffe stark bleichend einwirkt, so muß man sofort nach Ablegen der durchnäßten Kleidung die vom Schneewasser beschmutzten Stellen in reichlich reinem Wasser ausschwenken und spülen, ohne viel zu drücken, darauf sofort in starkes Essigwasser tauchen und ohne Auswinden austropfen lassen. Noch halbfeucht von links gebügelt, erscheinen mittelfarbige und dunklere Stoffe wieder wie neu und völlig unverändert in der Farbe. Bei hellfarbigen Stoffen empfiehlt sich ein Zusatz von einem Teelöffel Salz zu etwa 5 Liter leicht gesäuertem Spülwasser.

Farbige Herren-Zephyrhemden sachgemäß zu waschen. Obwohl dieser Stoff als waschecht gilt, verblaßt er doch sehr rasch in den Farben, wenn er unsachgemäß behandelt wird. Vor allem müssen gestärkte Hemdeinsätze, Kragen und Manschetten von diesem Stoff mindestens 48 Stunden in kaltem, reinen Wasser weichen, damit die steifgebügelte Stärke wieder aufquillt und sich löst. Das erste Waschwasser zum Reinigen darf nur handwarm sein, da die Stärke in allzu heißem Wasser wieder von neuem schleimig wird und darum schwerer zu entfernen ist. Man bereite sich zum Waschen der Zephirwäsche eine Seifenlauge, nehme stets nur ein Stück hinein, wasche es tüchtig darin durch und lege es sofort wieder in kaltes, leicht angesäuertes Wasser, um die Farbe vor dem Auslaufen zu bewahren. Beim zweiten Durchwaschen darf dann das Wasser so heiß sein, wie man es an den Händen verträgt. Man wäscht nun jedes Stück darin fertig, überbrüht es nochmals mit heißem, reinem Wasser, läßt zehn Minuten darin ziehen, spült mehrmals, um schließlich weißgrundige Wäsche leicht zu blauen und zum Trocknen aufzuhängen.

Bügelfalten in Herrenbeinkleidern ohne Bügeln zu erzielen. Das am Abend durch Ausschütteln und Abbürsten vom Staub befreite Beinkleid zieht man in Form, legt es auf dem Tische Naht auf Naht, also in die alten Brüche, und legt es rasch unter die Matratze mit dem Oberteil unter das Kopfkissen. Am anderen Morgen sind die Falten durch die Körperschwere tadellos scharf „gebügelt" und elegant im Sitz. Das Verfahren ist namentlich für alleinstehende und viel reisende Herren zu empfehlen.

Staubig gewordene Fettflecke aus Wollstoffen zu entfernen. Da bekanntlich diese Art Flecken durch Entfernen mit Benzin in helleren Stoffen leicht Schmutzränder hinterlassen, sollte man eine Lösung von Salz und Salmiak anwenden. Man gibt einen gestrichenen Teelöffel voll Salz etwa eine Stunde zuvor in zwei Teelöffel Salmiakgeist, schüttelt beides in fest verkorktem Fläschchen mehrmals durcheinander und reibt die Lösung möglichst mit Läppchen von gleichem Stoffe auf den Fleck, und wenn dieser entfernt ist, nochmals mit einer reinen Stelle des Läppchens auch allmählich verlaufend über den Fleck hinaus, um jeder Randbildung vorzubeugen.

Notwendige Kontrolle der Kartoffelvorräte. Die zumeist bei feuchter Witterung geernteten Kartoffeln müssen bei der diesjährigen Lagerung öfter ganz besonders sorgsam geprüft und ausgelesen werden. Verletzte und angefaulte sind zu entfernen, um Ansteckung der gesunden zu verhüten. Steigt die Temperatur des Kellers über 8 Grad Celsius, dann schrumpft sie allzu leicht zusammen, da sie durch „Veratmung" an Feuchtigkeit verliert. Die beste ihr zuträgliche Temperatur ist die zwischen 4 und 8 Grad liegende. Warme Keller müssen also fleißig gelüftet, bei Frostgefahr die Kartoffeln mit Säcken oder Matten bedeckt werden, wie sie überhaupt zur Verhütung allzu frühen Keimens im Dunkeln gelagert werden sollten.

Stoffe und Tapeten auf Lichtechtheit zu prüfen. Vor dem Kaufe namentlich lebhaft gefärbter Stücke sollte man sich zuvor eine größere Probe davon beschaffen und auf Lichtechtheit prüfen. Man hüllt sie zu diesem Zwecke zur Hälfte in schwarzes Papier oder bedeckt sie völlig mit starker Pappe oder einem fest aufliegenden Brett. Ist die freiliegende Hälfte nach zwei bis drei Tagen unter der Einwirkung von Licht oder Sonne im Fensterbrett oder im Freien nicht verblaßt, dann handelt es sich um „lichtechte" Farben, und der Kauf ist zu empfehlen.

Behandlung Ohnmächtiger. Eine von Ohnmacht befallene Person lege man auf den Rücken, den Kopf niedrig, wenn das Gesicht blaß ist; ist aber das Gesicht gerötet, so muß der Kopf höher gelegt werden. Man sorgt für frische, reine Luft, entfernt beengende Kleider, bespritzt das Gesicht mit kaltem Wasser und hält Essig oder sonst scharf Riechendes unter die Nase. Tritt Erbrechen ein, so muß man den Kopf auf die Seite drehen, damit das Erbrochene nicht in die Lunge eingezogen wird.

Kartoffelgerichte.

Speckkartoffeln. Zwei Pfund gleich große, wenig mehlige Kartoffeln schält man, wäscht sie und läßt sie abtropfen. Nun schneidet man ein halbes Pfund geräucherten, mageren Speck in kurze, dicke Scheiben, legt davon eine Lage in einen gut verschließbaren Topf, auf diese eine Lage Kartoffeln unzerschnitten, reichlich in Scheibchen geschnittene, kleine Zwiebeln, etwas Kümmel und eine Prise Pfeffer, deckt mit dem übrigen Speck zu, wenn der Topf breit ist, oder wechselt lagenweise mit Speck und Kartoffeln ab, doch muß obenauf Speck kommen. Dann gießt man eine Tasse Wasser auf, schließt den Deckel fest zu und läßt das Gericht auf heißem Stein langsam 2 bis 2½ Stunden schmoren. Man serviert es mit Senf-, Pfeffer- oder sauren Gurken.

Pilzkartoffeln. Ein halbes Pfund getrocknete Steinpilze, am Abend zuvor eingeweicht, werden nach dem Darkochen feingewiegt, mit einer Mehlschwitze und einer Zwiebel dünnsämig verkocht, unter in Scheiben geschnittene Kartoffeln gerührt und das Gericht mit Paprika und feingewiegter Petersilie, sowie Salz nach Geschmack gewürzt.

Sehr würzige Selleriekartoffeln. (Eintopfgericht.) Eine handgroße Knolle Sellerie wird abgeputzt, in Stücke geschnitten und ziemlich weichgekocht, dann kommen zwei Pfund Kartoffeln dazu. Wenn das Gericht gar ist, wird gebratener Speck und Zwiebel dazu getan, feingewiegte Reste von gekochtem oder gebratenem Fleisch, Corned Beef oder Knackwurst daruntergerührt, das Ganze noch zehn Minuten dünsten gelassen, mit Salz abgeschmeckt und mit gewiegter Petersilie bestreut.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.